Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingesendete Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Abonnementsabteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf für Halle und auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I, Telephon Nr. 591 u. 176.

Nr. 33. **Halle a. S., Freitag, den 21. Januar.** **1910.**

Die ländlichen Fortbildungsschulen.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

D. **Berlin**, 20. Jan.

Bekanntlich ist dem Abgeordnetenhause der Entwurf eines Gesetzes zugegangen betreffend die Verpflichtung zum Besuche ländlicher Fortbildungsschulen in der Provinz Schlesien. Ein ähnliches Gesetz ist schon für die Provinz Hessen-Nassau mit gutem Erfolge 1904 erlassen worden. Zahlreiche Gemeinden der Provinz Hessen-Nassau haben von der Befugnis Gebrauch gemacht, und die Zahl der Schulen hat sich in den wenigen Jahren seit Erlaß des Gesetzes mehr als verdoppelt, die der Schüler nahezu verdreifacht.

In richtiger Erkenntnis der hohen Bedeutung des Fortbildungsschulunterrichts für die männliche schulentlassene Jugend bestehen ja in allen Provinzen des Staates Fortbildungsschulen. So gab es nach einer dem Abgeordnetenhause zugegangenen Uebersicht im Jahre 1908 in der Monarchie insgesamt 3788 solcher Schulen. Die Zahl der Schüler betrug 56 060. Die relativ höchste Schülerzahl hatte die Provinz Ostpreußen mit 5 889, dagegen wurden in der Provinz Hessen-Nassau die meisten Schulen unterhalten.

Die Kosten der Unterhaltung der Schulen stellen sich naturgemäß ziemlich hoch. Sie werden zum größten Teile vom Staate aufgebracht, im Jahre 1908 betrugen sie rund 368 000 Mark. Außerdem wurde ein kleinerer Prozentsatz der Kosten von den Gemeinden, den Kreisen, der Provinz, in 96 Fällen von Privaten und in zwei Fällen von landwirtschaftlichen Vereinen gedeckt. Der Unterricht an den Schulen erstreckte sich in erster Linie darauf, die in der Volksschule erworbenen Kenntnisse zu festigen und zu vertiefen. Daneben werden auch die beruflichen Interessen der Schüler gepflegt. Es werden Anleitungen zum Verständnis der wichtigsten Vorgänge im Tier- und Pflanzenleben gegeben (Fütterung und Pflege der Haustiere, Bodenbearbeitung, Düngung usw.). Aber nicht nur auf die rein praktischen Lehrfächer dehnt sich der Unterricht aus, sondern es werden Anregungen gegeben auf den mannigfachen Gebieten, die heute ein Landwirt, namentlich der kleinere, besitzen muß, wenn er einen möglichst hohen Ertrag aus seiner Wirtschaft erzielen will. Deshalb wird an den Schulen die Jugend über das Genossenschafts-, das soziale Versicherungswesen, über Verkehrseinrichtungen und manches andere unterrichtet. Wenn es auch in der Natur der Sache liegt, daß der Unterricht auf diesen Gebieten immerhin nur ein beschränkter sein kann, so ist doch jedenfalls der Besuch dieser Schulen namentlich den jungen Landwirten von Vorteil, die aus irgend einem Grunde nicht in der Lage sind, die landwirtschaftlichen Fachschulen zu besuchen. Insbesondere darf nicht unterschätzt werden, daß diesen Fortbildungsschulen auch die wichtige Aufgabe zufällt, die aus der Volksschule entlassenen jungen Leute sittlich zu festigen. Mehr denn je sind in diesem Lebensalter die jungen Leute den Verführungen und Verleitungen mannigfacher Art ausgesetzt.

Die Regierung meint nun, gerade der letztere Umstand treffe auf die industriell, bergbaulich und gewerblich durchsetzte Provinz Schlesien ganz besonders zu. Deshalb die Schaffung des Gesetzes für diese Provinz. Im Gesetze selbst wird den Gemeinden überlassen, durch statutarische Bestimmungen den unter 18 Jahre alten männlichen Personen die Verpflichtung aufzuerlegen, während dreier aufeinander folgenden Winterhalbjahre die ländliche Fortbildungsschule zu besuchen. Dasselbe Recht steht den Kreisen für ihren gesamten Umfang, wie auch für einzelne Gemeinden zu. Die Bestimmungen hierüber hat der Kreisausschuß zu treffen. Der Stundenplan wird vom Gemeindevorstand bezw. Kreisausschuß festgesetzt. Von der Verpflichtung zum Schulbesuch sind diejenigen befreit, welche die Berechtigung zum einjährigfreiwilligen Militärdienst erworben haben und Fach- oder Fortbildungsschulen anderer Art besuchen. An Sonntagen darf Unterricht nicht erteilt werden. Strafen bis zu 20 Mark werden für Zuwiderhandlungen gegen die erlassenen Bestimmungen festgesetzt.

Kann jede Einrichtung auf dem Gebiete des Bildungswesens, so auch dieses Gesetz nur begrüßt werden, so bleibt es doch bedauerlich, daß nur eine Provinz der Segnungen teilhaftig werden soll. Wir meinen, der Ausdehnung auf die übrigen Provinzen hätte auch der Kostenpunkt nicht entgegenstehen dürfen. Für Kulturaufgaben kann nicht genug ausgegeben werden, man beschränke lieber dafür die unproduktiven Ausgaben; im preußischen Etat könnte noch manches Sümmchen gestrichen werden. Hoffentlich bringt die Regierung auch bald für die anderen Provinzen ähnliche Gesetze. Hierbei möchten wir den Wunsch aussprechen, der Ausgestaltung der Schulen auf beruflichem Gebiete noch größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Zahl der Unterrichtsstunden, welche von Fachlehrern erteilt werden, ist verhältnismäßig noch gering. Nur zwölf Fachlehrer sind am Unterricht beteiligt, dagegen 169 Geistliche. Wenn hier das Bild ein umgekehrtes würde, so wäre es nicht gerade zum Schaden der Fortbildungsschulen auf dem Lande.

Deutscher Reichstag.

21. Sitzung vom 20. Januar 1910.

Auf der Tagesordnung der Sitzung, zu deren Beginn der Vizepräsident die Ermächtigung erbittet und erhält, dem Kaiser zu seinem Geburtstage die Glückwünsche des Reichstages auszusprechen, steht zunächst die

dritte Lesung des Handelsvertrages mit Bolivien.

Die definitive Annahme erfolgt debattelos.

Sodann beginnt die **zweite Lesung des Reichs-Haushaltsetats** mit dem

Spezialetat des Reichsjustizamts.

Abg. **Belzer** (Ztr.)

widmet dem früheren langjährigen Staatssekretär Nieberding anerkennende Worte. Zu wünschen sei, daß die Reform des Strafrechts möglichst bald, wenn auch ohne Ueberstürzung, erfolge. Auch eine Vorlage über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine sei wünschenswert. Für eine besonders dringliche Aufgabe aber müsse er es erklären, daß — wie ein von seiner Fraktion eingebrachter Antrag es fordere — zu allen Gerichtssitzungen, von denen aus Sittlichkeits- oder ähnlichen Rücksichten die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werde, auch Berichterstatter nicht mehr zugelassen werden dürften! Weiter empfehle sich, daß bei Sittlichkeitsprozessen im Falle von Freisprechungen die Staatsanwälte angewiesen würden, jedesmal von den vorhandenen weiteren Rechtsmitteln Gebrauch zu machen. Auch solle, wenn das subjektive Verfahren versagt habe, wenigstens stets auch der Weg des objektiven Verfahrens beschritten werden. Redner äußert sich dann noch über eine Reihe vorliegender Initiativanträge. Zuzustimmen sei einem konservativen Antrage wegen Neuregelung der Gerichtsgebühren, Zeugen- und Sachverständigengebühren, desgl. einem anderen betr. die Anwaltsgebühren. Unter allen Umständen müßten den Armen-Anwälten mindestens ihre Auslagen erhöht werden. Ein Antrag Albrecht wegen Erhöhung der Pfändungsgrenze auf 2500 Mark sei für ihn unannehmbar. Wohl zu erwägen sei, ob nicht die gerichtlichen obligatorischen Inserate in Zeitungen zu zahlreich und zu kostspielig seien. Manche solcher Insertionen seien überflüssig. Es könne daran gespart werden Bedauern müsse er das beharrliche Widerstreben der Regierungen gegen ein einheitliches Bergrecht für das ganze Reich. Dieses Sträuben sei um so schwerer verständlich, als ja doch schon ein Entwurf vorliege, der sich auf den Kali-Bergbau beziehe. Eine Beschränkung der Preßberichte, auf die er nochmals hinweisen müsse, in Sittlichkeitsprozessen empfehle sich auch mit Rücksicht auf den Eulenburg-Prozeß.

Abg. **Giese** (kons.):

Nur wenige Punkte habe ich zu berühren. Ein Antrag von uns verlangt Neuregelung der Gebühren; diese tut tatsächlich dringend not. Auch kleineren Unternehmern muß ihre Versäumnis bezahlt werden. Ein heikler Punkt ist die Ueberbürdung des Reichsgerichts. Eine Entlastung muß unbedingt erfolgen. Ein Entwurf nach dem Prinzip des duae conformes soll ja schon ausgearbeitet sein. Ich bitte den Staatssekretär um Auskunft über die damit in anderen Staaten gemachten Erfahrungen. Was der Vorredner über die Prozesse auf dem Sittlichkeitsgebiet gesagt hat, dem stimmen wir zu. Und es freut mich, daß auch die Hamburger Bürgerschaft mit großer Mehrheit einen Beschluß zugunsten gesetzgeberischer Maßnahmen gegen die Schand- und Schmutzliteratur gefaßt hat. Was die Beschlagnahme russischer Staatsmittel bei einem hiesigen Bankhause anlangt, so sind wir durchaus der Meinung, daß das Reich seine Rechte auf dem Gebiete der Justiz auch gegenüber dem Auslande wahren muß.

Abg **Junck** (ntl.):

Die Notwendigkeit einer Entlastung des Reichsgerichts erkenne ich voll an. Nur darf die Einheitlichkeit der Rechtsprechung nicht darunter leiden. Auf dem Gebiete des Zivilrechts muß eine neue Vorlage noch in dieser Session kommen mit Rücksicht auf

Feuilleton.

Unterhaltungsblatt. Rosen-Felix. Originalroman von Walter Schmidtbähler. (Forts.) — Die liebe Eifersucht. Humoreske von Rudolf Retty. — Theater und Musik. — Literatur.

Allerlei Tanz-Geschichten.

Von G. Brendel.

(Nachdruck verboten.)

n. Wer da meint, daß die Geschichte des Tanzes gar so einfach und daher auch unwichtig sei, täuscht sich.

Heutzutage freilich werden einfach Tänze von Tanzlehrern erfunden, von Tanzlehrerkongressen und Tanzakademien zu Modetänzen proklamiert, und dann tanzt sie eben alle Welt. Ehedem war das aber völlig anders.

Und selbst mit dem, was heutzutage so als Modetanz und als neueste Erfindung auf dem Gebiete des Tanzes angesehen wird, ist das oft nur ein Irrtum.

So ist der Boston, den man seit ein paar Jahren tanzt, eigentlich uralt und stammt aus der Auvergne, wo man ihn bereits im Mittelalter getanzt haben soll und wo er als volkstümlicher Tanz der Bauern galt, bis ihn Margarethe von Valois, die Tochter der Katharina von Medici, in Paris hoffähig machte. Und was die Fürsten tun, ahmen die Völker nach, der Tanz wurde bald in ganz Frankreich, aber wohl auch in anderen Ländern heimisch, und doch hatte ihn die genannte fürstliche Dame nur aus Eitelkeitsgründen zu ihrem Lieblingstanz erklärt. Es zeigte sich, daß bei diesem Tanze ihre hübschen Füße besser gesehen wurden, als bei den bis dahin üblichen graziösen Tänzen, die man in langen Kleidern tanzen konnte, während man bei diesem notwendigerweise die Röcke heben mußte. Dieser alte Tanz der Auvergne hieß natürlich anders, als wir ihn jetzt bezeichnen, man nannte ihn Bourrée.

Daß Tänze auch nicht selten politische Bedeutung haben können, ist wohl schwer glaublich, und doch ist es so. Ein französischer Historiker hat einmal behauptet, daß der Walzer nicht wenig zur Beschleunigung des Ausbruchs der französischen Revolution beigetragen habe.

Natürlich ist die Beweisführung für diese These eine etwas gewagte, aber ungeheuerlich ist sie nicht. Marie Antoinette tanzte leidenschaftlich den Walzer, entstammte sie doch dem Geburtslande dieses Tanzes als österreichische Prinzessin. Natürlich suchte sie den Tanz überall einzuführen, und das machte sie allen den Damen verhaßt, die den damals noch neuen Tanz nicht schon tanzten. So schürte man den Haß gegen die Königin und gegen die Dynastie, weil den neuen Tanz nicht alle gleich gut lernen konnten, um so lebhafter.

Auch Napoleon gehörte ein paar Jahrzehnte später zu denen, die den Walzer nicht lernen und daher natürlich auch nicht leiden konnten.

Es war im März 1810, als die Ankunft der in Wien dem großen Napoleon durch Prokuration angetrauten Tochter des Kaisers Franz I., Maria Louise, nahe bevorstand, als man Bonaparte darauf aufmerksam machte, daß die neue Kaiserin auch eine große Freundin des Walzers sei.

Prinzessin Stephanie soll es unternommen haben, ihren großen Onkel in der Kunst des Walzers zu unterrichten. Sie war es auch, die ihn auf die Wichtigkeit aufmerksam machte, einen Tanz tanzen zu können, den die junge Gemahlin liebte.

So tanzte sie erst einmal langsam vor, dann stand Napoleon auf, umschlang die Prinzessin, machte einige Walzerschritte mit ihr, drehte sich dabei linkisch einige Male im Saale herum und — taumelte schnell auf einen Stuhl. Der siegreiche Welteroberer war schnell bezwungen durch ein paar Walzerronden.

Murat, der dem „Unterricht" beigewohnt hatte, lachte und sagte dem Kaiser die Schmeichelei, ein Napoleon sei gewohnt, Lehren auszuteilen, aber nicht solche anzunehmen.

Napoleon hat es denn auch nicht wieder versucht, jemals Walzer zu tanzen, und Marie Louise, die übrigens niemals sonderlich gut, sondern nur gern tanzte, mußte sich damit begnügen, mit anderen ihren heimischen Tanz in Paris zu tanzen.

Von dem Walzer lassen sich gar viele drollige und ernste Geschichten erzählen. Daß man ihn anfangs in Deutschland befehdete, ehe er als der eigentliche „Deutsche Tanz" gefeiert wurde, ist wenig bekannt. Merkwürdig genug hat man es im achtzehnten Jahrhundert diesem Tanze verübelt, daß sich Tänzer und Tänzerin dabei fest umschlungen halten, während man später es als weniger moralisch bezeichnete, wenn sich in einem Tanze das Paar auflöste.

Zu den Feinden des „engen Schleifers" gehörte Christian Schubart, der „Gefangene von Hohenasperg", der der Ansicht war, der Tanz sei „ein sehr skandalöser und dem deutschen Ernst zur Schande gereichender Tanz", während in der Weimarer Monatsschrift „Der neue teutsche Merkur" vom Jahre 1793 ein Dichter singt:

„Was erblickt' ich? Dieses wilde Schwingen,
Wo sich Mann und Mädchen dicht umschlingen,
Das, das wäre teutscher, teutscher Tanz?
Teutsches Volk! gewöhnt an Edeltaten,
Groß im Kriege, groß in Lanzensaaten,
Teutsches Volk! o Dich verkenn' ich ganz!"

Erst durch Lanner und Strauß wurde dann der Walzer in Wien erst eigentlich recht beliebt und bekannt. Beide Komponisten spielten bekanntlich in ein und demselben Lokal in Wien, und man erzählt sich, daß beide mit ihren Walzer-Kompositionen eine vollständig verschiedene Wirkung hatten.

Wenn nämlich Lanner einen Walzer mit seiner Kapelle vortrug, so tanzte man nicht sofort mit, man saß ruhig im Saale und lauschte andächtig wie bei einem Konzert. War das ganze Tanzstück dann beendigt, dann erscholl zunächst maßloser Beifall, und erst bei der Wiederholung rührten sich die Füße zu einem allgemeinen Tanz.

Anders bei Strauß. Spielte er eine neue Walzer-Komposition, da konnte von Anfang an niemand sitzen bleiben, seine Melodien rissen alle mit sich fort, seine Rhythmen teilten sich unwillkürlich den Füßen mit. Es prickelte jeden Hörer, sofort tanzen zu wollen.

Es ist eine Doktorfrage, was schmeichelhafter für den Komponisten, der Beifall andachtsvollen Hörens, wie er bei Lanner stattfatte, oder derjenige der Tat, wie ihn die Hörer Straußischer Klänge ausübten.

Jedenfalls waren alle Wiener von ihren Walzer-Dioskuren entzückt, sie kümmerten sich klugerweise nicht um die Frage, wer von beiden der größere sei, sondern bewunderten beide und sagten:

„Wie der Strauß und der Lanner,
So kann's do' Kaner!"

In den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war ein Walzer überall sehr beliebt, den man den Rosen-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100121018/fragment/page=0001

die Berner Konvention. Bei dem neuen Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb haben wir in voriger Session die Einfügung der Generalklausel beschlossen. Die Literatur sieht dieser Klausel nicht freundlich gegenüber, aber ich glaube, sie wird sich bewähren. Die Richter freilich werden dabei aus der Praxis schöpfen müssen. Einer Regelung bedürfen das Recht der Berufsvereine und das Recht der Tarifverträge. Ich möchte dem Staatssekretär die junge Elite der Tarifverträge warm ans Herz legen. (Heiterkeit.) Unser Bürgerliches Recht hat sich bisher gut bewährt. Man sollte daran auch nicht zu früh flicken, sondern die einheitliche Form zu wahren bestissen sein. Eintreten muß ich für die Selbständigkeit der Justiz. Aber nicht nur da, wo Urteile kritisiert werden von dem Publikum, sondern auch da, wo die Kritik geübt wird von hohen Behörden, sogar politischen Behörden. Ich denke da an das gerichtliche Urteil in Tsingtau und an die Beschlagnahme russischer Staatsgelder auf Grund dieses Urteils. Die Entscheidung war im November rechtskräftig und vollstreckbar geworden. Und als nun das Amtsgericht in Berlin die Beschlagnahme verfügte, da erklärt das preußische Ministerium des Auswärtigen diese gerichtliche Entscheidung als nichtig und als nur „anscheinend formell zutreffend". Dieser Ausdruck ist zu bedauern. Auch ist der Kompetenzkonflikt erhoben worden. Das Urteil jener hohen politischen Behörde über die Entscheidung eines deutschen Gerichtes ist sehr zu bedauern. Gegenüber dem Auslande sollten wir alle zusammenstehen. Die Zitate, die Herr v. Schön zugunsten seiner Auffassung geltend gemacht hat, sprechen alle gegen ihn! Selbst wenn man die Erhebung des Kompetenz-Konflikts billigt, bleibt an der Sache doch noch ein Rest, der peinlich wirkt. Konflikte solcher Art mit dem Auslande sind ja im Interesse unserer Industrie nicht erfreulich. Aber um so mehr muß für solche Fälle eine internationale Regelung angestrebt werden. Und das Reichsjustizamt muß dafür sorgen, daß es bei dieser internationalen Regelung zur Mitwirkung herangezogen wird. Wir haben zu dem Staatssekretär alles Vertrauen. (Beifall.)

Staatssekretär Lisco:

Ein Entwurf zur Entlastung des Reichsgerichts liegt schon im Bundesrat. In welcher Weise er dort gemacht werden wird, ist noch nicht zu übersehen. Ich denke, dem Reichstage wird der Entwurf im Februar zugehen können. Auch eine Vorlage auf Grund der letzten Berner Konvention wird vielleicht im Frühjahr möglich sein. Die Frage der Regelung der Tarifverträge werde ich im Auge behalten. Hier haben aber noch andere Ressorts mitzusprechen. Ueber die Frage des internationalen Wechselrechts findet im Juli eine Konferenz im Haag statt. Was die Preßberichte über gewisse Prozesse anlangt, so wäre ich der erste, der Anregung des ersten Redners zu entsprechen, aber im wesentlichen ist es doch immer Sache des betr. Gerichts, zu entscheiden, ob im gegebenen Falle der Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden soll und ob er ein vollständiger sein soll oder nicht. Was die Erhöhung der Zeugen- und Sachverständigen-Gebühren anlangt, so ist anzuerkennen, daß die alter Zeit entstammenden Gebührensätze nicht ausreichen. Es ist deshalb auch schon im preußischen Finanzministerium ein Entwurf ausgearbeitet worden, der die Sätze erheblich erhöht. Aber — m. H., der Herr Reichskanzler hat erklärt, daß er Anstand nehmen müsse, bei der jetzigen Finanzlage des Reiches eine solche Vorlage, die viele Millionen Kosten verursachen würde, einzubringen. Was den Fall Hellfeldt anlangt, die Beschlagnahme russischer Staatsfonds, so ist die Stellung, die ich dazu einzunehmen habe, gegeben durch die Lage, in der sich das Verfahren befindet. Nach dem Inhalt des Schriftstücks, in dem der Kompetenz-Konflikt erhoben wird, handelt es sich darum, daß gegen die Zwangsvollstreckung die Entscheidung des Richters angerufen wird. Das Reichsjustizamt ist zur Mitwirkung nicht berufen. Auf die Sache einzugehen verbietet mir der Umstand, daß sie jetzt dem Kompetenz-Gerichtshof unterliegt. Im allgemeinen allerdings kann ich sagen, daß unter Umständen auch noch in dem Stadium der Zwangsvollstreckung der Kompetenzstreit erhoben werden kann. Die Selbständigkeit der Justiz, m. H., das kann ich noch dem Vorredner versichern, werde ich mit allen Kräften zu wahren bemüht sein.

Abg. Dove (freis. Ver.):

gedenkt anerkennend des früheren Staatssekretärs Nieberding. Das Reichsjustizamt sollte weitergehende Aufsichtsrechte haben! Es sollte dafür sorgen, daß die Verfassung nicht zu recht selbstsüchtigen Zwecken von den preußischen Kronjuristen umgemodelt wird, wie das in der Frage der Schiffahrtsabgaben, des Art. 54 der Reichsverfassung, geschehen sollte. (Lebh. Beifall links.) Auch den Kali-Gesetzentwurf, der in alle Grundsätze des Rechtslebens schwer eingreift, hätte es nicht durchgehen lassen sollen — Unsere Konkursordnung hat sich zwar bewährt, entspricht aber nicht mehr den modernen Anforderungen; es nimmt die Gläubigerinteressen nicht genügend wahr. Auf den Fall Hellfeldt gehe ich nicht ein, da der Kompetenzkonflikt schwebt. Wir sind allerdings Feinde jeden Kompetenzkonflikts. Feinde der Schmutzliteratur, Herr Kollege Belzer, sind wir alle! Aber mit Gesetzen ist da wenig auszurichten. Die Schmutzliteratur ist eine Erscheinung symptomatischer Natur. Am besten bringt man da Hilfe durch Verbreitung einer guten Volksliteratur. Den Staatssekretär kann ich nur bitten, auch in allen andern Ressorts stets die Stimme des lebendigen Rechts geltend zu machen. Möge es ihm gelingen, der Justiz das Ansehen zu verschaffen, das ihr gebührt. (Beifall.)

Abg. Heine (Soz.):

Ich danke dem Staatssekretär für die Versicherung, mit der er schloß: er werde stets und überall für das Recht eintreten. Ich fürchte, er wird dazu mehr Anlaß bekommen, als ihm lieb ist. Was die Entlastung des Reichsgerichts anlangt, so werden wir es stets bekämpfen, daß den Prozessen mit kleinerem Wertobjekt die Anrufung des Reichsgerichts erschwert wird. Ebenso werden wir stets entschieden gegen das Prinzip des duae conformes sein. Der Zentrumsredner kam wieder auf die pornographische Literatur zu sprechen. Mit Gesetzen bekämpft man aber solche Sachen nicht, sondern nur mit guter Volksbildung und Erziehung! Und was tun denn da unsere Behörden? Traktätchen begünstigt man, gegen den „Verein für Volksbildung" dagegen geht man, wie Sie ja aus dem Vorjahre wissen, vor. Und ein Werk von ewigem Wert, wie den Decamerone, wirft ein Gericht zu der pornographischen Literatur! Das schadet natürlich nur dem Ansehen der Justiz, und nicht dem Decamerone. Redner übt dann, wie schon kürzlich, scharfe Kritik an dem Vorentwurf zur Reform des Strafgesetzbuchs, in dem sich reaktionärste Bestimmungen vorfänden, und verlangt ein einheitliches Strafvollzugsgesetz. Die Seele des Widerstandes hierzegen sei wieder einmal Preußen, das sich beim Strafvollzug nicht wolle in die Karten gucken lassen. In erstaunlichem Maße schwankend und widerspruchsvoll, je nach den Umständen des Falles, sei die Judikatur über den Boykott. Das sei der Grund, weshalb er und seine Freunde keinesfalls es wollten, daß die Begriffsbestimmungen in dem neuen Strafgesetzbuch noch unklarer, noch schwammiger ausfielen, als in dem bestehenden Strafgesetz, wie das in dem Vorentwurf der Fall sei.

Abg. Dr. v. Dziembowski (Pole)

fordert den Schutz des Reichsjustizamts dagegen, daß die Justiz einer bestimmten politischen Richtung dienstbar gemacht werde.

Abg. Dr. Barenhorst (Rp.)

spricht über verschiedene Anwaltsfragen. Die Verteidiger müßten der Disziplinargewalt des Vorsitzenden entboben werden. Warum nimmt man nicht auch Richter aus dem Anwaltsstande?

Abg. Werner (Ref.-P.):

Lassen Sie endlich auch einem Nichtjuristen das Wort auf dem Juristentage. Warum hat sich der Staatssekretär des Auswärtigen in die Rechtsprechung gemischt? Der „Baron de Schön" hat doch ganz andere Aufgaben. (Vizepräsident Dr. Spahn rügt diesen Ausdruck.) Der Redner spricht gegen den Zeugniszwang für die Presse.

Abg. Dr. Becker-Köln (Ztr.)

führt Beschwerde über Schematismus und Formalismus bei der Zusammenlegung von landwirtschaftlichen Grundstücken im Rheinlande.

Abg. Dr. Ablaß (frs. Vp.):

Bedauerlich ist die Animosität der Richter gegen die Anwälte. Diese sollten der Disziplinargewalt der Vorsitzenden entzogen werden. Niemand darf an der Ehrlichkeit und Pflichttreue des deutschen Anwaltstandes zweifeln. Unsere Rechtspflege muß endlich modernisiert werden.

Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt, ebenso der ganze Justizetat.

Das Haus vertagt sich.

Freitag 12 Uhr: 2. Lesung des Etats (Reichseisenbahnamt, Kolonialamt).

Schluß 6½ Uhr.

*

Der portugiesische Handelsvertrag.

Die Kommission für den portugiesischen Handelsvertrag trat gestern vor der Plenarsitzung zur Beschlußfassung über den Vertrag zusammen. Die materielle Beratung war bekanntlich vor acht Tagen beendet worden. Auf Antrag des Abg. Fuhrmann (Natl.) wurde nach vertraulichen Mitteilungen der Regierung gestern beschlossen, ich bis nächsten Mittwoch von neuem zu vertagen. Dagegen stimmten Konservative, Freisinnige und Sozialdemokraten. — Wie wir hören, sind es gerade diese vertraulichen Mitteilungen der verbündeten Regierungen gewesen, die die Mehrheit der Kommission zu der neuerlichen Aussetzung der Beschlußfassung veranlaßten. Und zwar scheint diese aus der Reichspartei, den Nationalliberalen, dem Zentrum und der Wirtschaftlichen Vereinigung zusammengesetzte Mehrheit die Gegner der Vorlage zu repräsentieren. Die konservativ-freisinnig-sozialdemokratische Minderheit dagegen war der Ansicht, daß einer alsbaldigen Abstimmung schon deshalb nichts im Wege stehe, weil ja das Votum der Kommission für das Plenum ohnehin nicht bindend sei. Wenn man nach dieser Gruppierung der Parteien in der Kommission einen Schluß auf die Gesamtabstimmung ziehen darf, sind die Aussichten des Handelsvertrages nichts weniger als günstig.

*

Deutsches Reich.

„Im Interesse des Dienstes"

sind in Harburg plötzlich etwa 20 Zollbeamte, meistens Unterbeamte, versetzt, darunter eine ganze Reihe, die seit Jahren hier tätig sind, die sich sogar Grundstücke erworben haben.

Wie die „Neue Elbe-Ztg." schreibt, ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Versetzungen ihren Grund in der Beamtenbewegung und in der Agitation für Gehaltserhöhungen haben. Die Zollaufseher, Zollassistenten und Zollsekretäre sind zu einem Verband vereinigt, der seinen Sitz in Altona hat und etwa 14 000 Mitglieder zählt. Ferner besteht ein Verein der Supernumerare. Diese beiden Vereine vertreten verschiedene Interessen. Nunmehr soll auf Anregung des Ministers ein Verein ins Leben gerufen sein, der beide Kategorien umfaßt, ein Verein, der im Kreise der Verbandsmitglieder vielfach „Die Zwangsinnung" genannt wird, und dem auch die Vorgesetzten angehören. Es besteht aber im Kreise der dem „Verbande" angeschlossenen Beamten keine besondere Neigung, dem ministeriellen Verein beizutreten. Der „Verband" ist auch für die Gehaltserhöhung energisch eingetreten und hat zu diesem Zwecke eine Protestversammlung nach Altona einberufen. Nach dieser Versammlung sind die Beamten darüber vernommen worden, wer von ihnen der Versammlung beigewohnt habe. Es dürfte deswegen wohl kein bloßer Zufall sein, daß von den 18 Mann, die versetzt worden sind oder noch versetzt werden, über die Hälfte an der Versammlung teilgenommen hat, und daß zwölf der Versetzten dem „Verbande" angehören und in ihm bleiben wollen.

Das Reichstags-Zentrum ist undekoriert geblieben.

Mit dieser Feststellung aus der Liste der beim Ordensfest verliehenen Auszeichnungen glaubt die „Köln. Volkszeitung" offenbar das Zentrum von dem Verdacht der Regierungsfreundlichkeit entlasten zu können. Das klerikale Blatt sucht den Ordensverleihungen vom 16. Januar eine politische Bedeutung beizulegen, indem es hervorhebt:

Orden haben erhalten: fünf konservative, vier nationalliberale, drei freisinnige, zwei freikonservative Mitglieder des Reichstages. Leer ausgegangen sind diesmal die Wirtschaftliche Vereinigung und die Antisemiten, obwohl diese doch auch zum verflossenen Block gehörten und treue Dienste geleistet haben. Von den konservativen Abgeordneten sind nur solche dekoriert worden, die am 24. Juni gegen die Erbschaftssteuer gestimmt haben.

Es fehlt nur noch, daß das klerikale Blatt zur Erhöhung der Freude frommer Zentrumsgemüter voll Genugtuung hinzugefügt hätte: „So sind wir!"

Landtag des Herzogtums Sachsen-Meiningen.

In der Sitzung, die der Landtag des Herzogtums Sachsen-Meiningen am Mittwoch abhielt, richtete Abg. Sammhammer an die Regierung folgende Anfrage:

Welche Schritte hat die herzogliche Staatsregierung getan, um die von der französischen Kammer beschlossene Zollerhöhung auf Spielwaren abzuwenden?"

Der Ministerialvertreter erklärte, daß die Regierung im Bundesrat alles tun werde, um die Gefahr abzuwenden, die durch den französischen Zolltarif der meiningischen Spielwarenindustrie zweifellos drohe. Was die Reichsregierung indessen im einzelnen für Schritte tun werde, lasse sich jetzt noch nicht sagen.

Der dritte Feiertag.

Die Festlegung des dritten Pfingstfeiertages als gesetzlichen Feiertag für Sachsen beantragt, wie aus Dresden gemeldet wird, der freisinnige Landtagsabgeordnete Prof. Koch. Der Vorschlag erscheint eigenartig. Zu seinem Verständnis muß hervorgehoben werden, daß in Sachsen der Epiphaniastag ein Feiertag ist. Ein Antrag, dem Epiphaniastag den Charakter eines Feiertages zu nehmen, ist in der sächsischen Kammer auf Widerspruch, vor allem auch bei den Sozialdemokraten, gestoßen. Nunmehr schlägt Abg. Koch vor, für den künftig wegfallenden Epiphaniastag den dritten Pfingstfeiertag als gesetzlichen Feiertag festzulegen. Der Vorschlag findet in Abgeordnetenkreisen Beifall.

Sitzung des großen Ausschusses des Zentralvereins für deutsche Binnenschiffahrt.

(Von unserm S.-&H.-Korrespondenten.)

(Nachdr. verb.) **Berlin, 19. Jan.**

Unter fast vollzähliger Beteiligung seiner Mitglieder, der Schiffahrtsinteressenten aus allen Teilen des Reiches, trat heute abend der große Ausschuß des Zentralvereins für deutsche Binnenschiffahrt im Gebäude der Berliner Handelskammer zu einer Sitzung zusammen. Unter den Anwesenden befinden sich auch die Reichstagsabgeordneten Hammer und Gothein. Der erste stellvertretende Vorsitzende, Kommerzienrat Tonne (Magdeburg), eröffnete die Versammlung. Zum ersten Vorsitzenden wird Regierungsrat Professor Flamm von der Technischen Hochschule in Charlottenburg gewählt. Sodann macht der Geschäftsführer Generalsekretär Ragoczy eine Reihe geschäftlicher Mitteilungen: Eine Eingabe gegen die Detarifierung der Eisenbahnen im Osten ist seitens des Preußischen Landeseisenbahnrates mit der großen

---

walzer nannte, und der einer komischen Begebenheit seine Entstehung verdanken soll, die sich in Paris ereignete.

Auf einem Balle der großen Oper wurde eine der gefeiertsten Sängerinnen von einem eleganten Jüngling zum Walzer aufgefordert, den der junge Elegant so trefflich auch zu tanzen verstand, daß sich die Sängerin gern an seinem Arme dem Vergnügen des Tanzes widmete. Natürlich zog man sich auch in eine der Logen zurück, wo es aber bei harmlosem Geplauder blieb. Die etwaige Hoffnung, von dem Jüngling etwa zu einem Souper eingeladen zu werden, beseitigte dieser sofort mit der heiter vorgebrachten Erzählung, daß er für dergleichen kein Geld habe, obwohl er der Sohn eines unermeßlich reichen Mannes, eines Pairs von Frankreich sei, da sein geiziger Vater ihm nur eine verhältnismäßig kleine Jahresrente überweise. Indessen, es sei ja nicht lange hin bis zu seiner Großjährigkeit, und dann werde er schon sein Leben genießen.

Der Sängerin gefiel der Anbeter, vielleicht auch dessen künftige Millionen und die Aussicht, eine Gemahlin eines Pairs von Frankreich vielleicht einst zu werden. Und so verabredete sie ein Zusammensein beim nächsten Maskenballe der großen Oper. Eine weiße Rose mit einem Diamant in der Mitte, die die Sängerin auffällig am Busen tragen wollte, sollte das Erkennungszeichen sein.

Und so fand man sich wieder, tanzte wieder Walzer auf Walzer, so daß es allen auffällig werden mußte und sich alle für das Paar interessierten. Das war das Unglück des Jünglings, denn seine Dame war eine allzu bekannte und begehrte Schönheit, als daß man nicht Interesse daran haben mußte, zu wissen, wer ihre Liebhaber seien.

Und als am andern Tage der Jüngling von der abends zuvor erhaltenen Erlaubnis, die Sängerin in ihrem Heim zu besuchen, Gebrauch machen wollte, wurde er an der Tür von deren Kammerzöfchen abgefertigt: Die Gnädige bedauere, sie sei für den jungen Herrn nicht zu sprechen, nicht heute und nicht ein andermal: aber sie sende teine Rose zum Andenken, die könne der Herr vielleicht — verkaufen, wenn er wieder einmal auf den Ball gehen wolle und als armer Pfeifer kein Geld dazu habe.

Und die Erklärung hierfür: Zwischen dem Abend des Maskenballes und dem Morgen des beabsichtigten Wiedersehens war der Sängerin hinterbracht worden, daß ihr Verehrer ein Flötist in der Theaterkapelle sei, der erst habe seine Uhr zum Pfandleiher bringen müssen, um den Ball besuchen zu können.

Ein Vaudevilledichter aber bearbeitete damals das Erlebnis des „Sohnes eines Pairs von Frankreich" in einem Theaterstückchen, dessen Höhepunkt ein Walzer war, den dann bald ganz Paris tanzte: den Rosenwalzer.

Und noch von einem andern Tanz will ich hier berichten; vom Erzbischofstanz. Das hört sich gar seltsam an. Aber die Geschichte dieses „Tanzes" ist reizend hübsch. Freilich weiß man wohl nur in Bordeaux, was das ist, ein Erzbischofstanz.

In der genannten Stadt ereignete sich vor etwa siebzig Jahren die folgende Begebenheit: Damals war in Frankreich ein großes Unglück passiert: die Stadt Salies war nahezu völlig abgebrannt, und alle steuerten Gaben bei, die von der Brand-Kalamität Betroffenen zu unterstützen.

Auch der Erzbischof in Bordeaux hatte aus eigenen Mitteln reichlich beigesteuert und auch überall Sammlungen für den genannten wohltätigen Zweck beigesteuert. Eines Tages erfuhr nun der Kirchenfürst, daß der reichste Mann der Stadt einen Ball veranstalte, zu dem natürlich andere Reiche und Reichste des Ortes geladen waren.

Plötzlich nach Mitternacht erschien der Erzbischof zu aller Erstaunen im Hause des reichen Mannes während eines Tanzes, und kaum ward er sichtbar, stob alles auseinander, und die Musik verstummte.

Vergeblich bat der geistliche Würdenträger, man solle sich durch seine Gegenwart nicht stören lassen, aber jeder scheute sich doch, als die Musik wieder begonnen hatte, den Anfang zu machen.

„Nun", sagte der Erzbischof, „so werde ich tanzen!" Damit gab er ein Zeichen, daß die Musik einen flotten Tanz spiele, forderte die Dame des Hauses auf, nahm sie an den Arm und ging mit ihr im Saale umher, jeden um ein Scherflein für die Abgebrannten bittend.

Als dieser „Tanz" beendet war, bedankte sich der geistliche Herr bei der Hausfrau, bat weiter, sich ungeniert zu amüsieren und empfahl sich.

Seitdem nennt man in Bordeaux jede ungewöhnliche Art des Wohltuns oder auch eine unerwartete Gabe einen Erzbischofstanz. Oder wenn einer ein unverhofftes Geschenk erhalten, so sagt er dort: der Erzbischof hat für mich getanzt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100121018/fragment/page=0002

Mehrheit von Dreiviertel abgelehnt worden. Zu bedauern sei es, daß das Votum der einzelnen Wasserbauräte immer nur dann eingeholt werde, wenn es der Regierung passe. Der Gesetzentwurf betreffend

die Schiffahrtsabgaben

ist dem Abschluße nahe. Der Verein wird in seiner Hauptversammlung am 23. Februar dazu Stellung zu nehmen haben. Die Bestrebungen auf die Kanalisierung der Mosel und der Saar werden jetzt auch von militärischen Kreisen unterstützt. Die Militärische Gesellschaft in Metz hat den Verein eingeladen, hierüber einen Vortrag zu halten, und der Vortrag hat auch unter Beteiligung zahlreicher Offiziere des 16. Armeekorps stattgefunden.

Der Redner gedenkt dann des aus dem Amte geschiedenen Oberpräsidenten von Schlesien v. Zedlitzsch und Trützschler, der allen Bestrebungen auf Förderung des Schiffahrtsbetriebes in umfangreicher Weise entgegengekommen ist. Sein Nachfolger gehört zu den drei kanalgegnerischen Landräten, die heute — eine Tragikomödie — zur Leitung von Strombauverwaltungen berufen seien. Man könne nur hoffen, daß der neue Chef der Oderstromverwaltung sich ebenso entwickeln werde, wie sein kanalgegnerischer Gegner, der Präsident v. Jagow. Hierauf nimmt die Versammlung ein Referat von Dr. Fiebelkorn (Berlin) und Oberstleutnant z. D. Mertens (Berlin) entgegen über

die Frage der Beseitigung des Vorschleuserechts für Motorlastkähne auf den märkischen Wasserstraßen.

Abg. Prinz Löwenstein (als Gast) hält es für das richtige, daß das unbedingte Vorschleuserecht ganz abgeschafft werde, das bedingte abzuschaffen, habe seine Nachteile, es solle aber abgeändert werden und zwar so, daß man das Vorschleuserecht nur auf ganze Strecken verlege. Es wird schließlich nach längerer Debatte die

motivierte Tagesordnung des Abg. Gothein

angenommen, wonach der Zentralverein es ablehnt, in dem vorwiegend lokale und private Interessen berührenden Streitfalle zwischen Schiffer-Genossenschaft und der Ziegeltransport-Aktiengesellschaft über das Vorschleuserecht Partei zu ergreifen. Darauf referiert Professor de Thierry (Berlin) über die Frage der Errichtung eines besonderen Bauenministeriums für Preußen, indem er ausführt: In einer Zeit, in der die Reorganisation der Beförderungen gefordert wird, ist es notwendig, diese Frage hier zur Erörterung zu stellen, die bereits den Vorstand mehrfach beschäftigt hat. Der Referent legt schließlich folgende Resolution vor:

„Der Zentralverein für deutsche Binnenschiffahrt erkennt in Gemäßheit seiner bisherigen Stellungnahme die Notwendigkeit einer einheitlichen Organisation der Wasserwirtschaft für den Umfang des preußischen Staates an und erachtet zu diesem Zwecke grundsätzlich die Trennung des Eisenbahnministeriums von einem zu bildenden Ministerium der öffentlichen Arbeiten für erforderlich. Dieses würde die zuständige oberste Behörde für alle Fragen des Bauwesens und der Wasserwirtschaft sein."

Der zweite Referent, Landtagsabg. Generalsekretär Dr. Wendtland (Berlin) ergänzt die Ausführungen des ersten Referenten de Thierry und betont ebenfalls die Notwendigkeit, daß das Bauenministerium eine vollkommen unpolitische Instanz sein müsse, schon im Hinblick auf die bevorstehende Verwaltungsreform, die Frage der Schiffahrtsabgaben rc. Er beantragt eine Zusatzresolution, welche besagt:

„Die Neuorganisation wird zweckmäßig bei der bevorstehenden Verwaltungsreform und der gesetzlichen Regelung des Wasserrechts vorgenommen."

Nach kurzer Debatte werden die Resolutionen angenommen und dann die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Parlamentarisches.

Die „Jagd nach Diamanten".

Berlin, 20. Januar 1910.

Die Budgetkommission befaßte sich zunächst mit einer Beschwerde aus Lüderitzbucht gegen den Staatssekretär Dernburg und dessen Ausführungen über die Grundlosigkeit der gegen seine Diamantenpolitik gerichteten Vorwürfe. Staatssekretär Dernburg erklärt, er nehme die Angriffe nicht persönlich. Man solle nicht auf den Inhalt des Telegramms hin, sondern auf Grund der in Aussicht gestellten näheren Mitteilungen zu einem definitiven Entschlusse kommen.

Es kam zu einer längeren Geschäftsordnungsdebatte. Vizepräsident des Reichstages

Dr. Spahn

stellte fest, daß die Depesche an das Präsidium des Reichstages gerichtet sei. Er könne der Veröffentlichung nicht zustimmen. Der Präsident sei krank; er habe erst die Depesche zu den Akten gehen lassen wollen; da aber die Verhandlungen liefen, habe er sie des Interesses wegen der Kommission übergeben. Aber eine Veröffentlichung könne er nicht ohne Rücksprache mit dem Präsidenten vornehmen. Er ziehe die Depesche zurück. Dieser Auffassung wird von mehreren Seiten widersprochen. Zieht die als Petition behandelte Depesche zurückzuziehen, sei nicht angängig. Nun habe die Kommission die Verfügung darüber. Aber auch aus sachlichen Gründen sei eine Geheimhaltung untunlich; der Staatssekretär würde den Schaden davon haben, es würde immer Leute geben, die dahinter etwas sehen würden. Nach der Verfassung sei Dr. Spahn selbst Präsident, sei eine Verhandlung mit dem Grafen Stolberg hierüber unmöglich, da er die Sache nicht kenne. Ein Zurückziehen der Depesche erscheine unmöglich.

In der weiteren Debatte spricht Abg. Singer (Soz.) scharf gegen die „Unverschämtheit" der Leute, denen die Diamanten zu Kopfe gestiegen seien. Die Depesche enthalte nur dumme, beleidigende Redensarten und biete keinerlei Anlaß zum Einschreiten. Es handle sich um weiter nichts, als um eine Jagd nach Diamanten, bei der man auch vor den elenden Mitteln der Verleumdung nicht zurückschrecke. Abg. Dr. Arendt (Rp.) führt aus, daß er zu seiner Freude dem Abg. Singer vollständig zustimmen könne. Es scheinen

in Südwest bedenkliche Elemente

aufzukommen. Wenn man äußert, man werde sich dem südwestafrikanischen Staatenbund anschließen, falls man nicht seinen Willen bekomme, so höre alles auf. Er sowohl wie Abg. Erzberger (Ztr.) sind der Meinung, dem Vorgehen der hinter der Depesche stehenden Leute möge nicht durch die Verhandlungen ein unverdientes Relief gegeben werden. Abg. Dietrich (kons.) ist der Ansicht, über die „Ruppigkeit" des Tones müsse doch ein deutliches Wort gesagt werden. Abg. Dr. Spahn (Ztr.) schlägt vor, ohne ein Wort über die Form zu verlieren, die Petition, wofür das Telegramm angesehen wird, durch die gefaßten Beschlüsse für erledigt zu erklären.

Staatssekretär Dernburg: Es seien mildere Auffassungen zutage getreten, aber er müsse über die Hintermänner des Lüderitzbuchter Bürgermeisters Kreplin, besonders über Herrn Weise, etwas sagen. Dieser sei 1894 als Generalvertreter des Syndikats der späteren Siedlungsgesellschaft im Schutzgebiet eingetroffen und habe sich auf Konzessionen berufen, die Herr v. Lindequist abgewiesen habe. Damals habe Weise verlangt, daß der Fiskus nicht direkt als Konkurrenz der Siedlungsgesellschaften verkaufen solle. Landeshauptmann Leutwein stellte sich gegen die Landgesellschaften. Weise drängte auf mehr Land für die Gesellschaften, 20 000 Quadratkilometer. Er beschwerte sich, daß der Landeshauptmann den Gesellschaften zu sehr auf die Finger sähe. Auf Angriffe der Weise habe der Landeshauptmann den Verkehr mit Weise abgebrochen. Dieser habe sogar gesagt, die Schutztruppe müsse sich für die Gesellschaften totschießen lassen. Der Staatssekretär zeigt weiter, daß Weise früher stets für die Gesellschaften eingetreten sei, und nun behaupte er, die Gesellschaften würden begünstigt.

Hierauf wird der sozialdemokratische Antrag, die Petition durch die bisherigen Beschlüsse für erledigt zu erklären, einstimmig angenommen.

Parteinachrichten.

Sozialdemokratische Gesetzeskenntnis.

Die „Magdebg. Ztg." schreibt:

Als der Kriegsminister von Heeringen in der Dienstagssitzung des Reichstages erwähnt hatte, daß das Reichspreßgesetz noch den § 10 des alten preußischen Preßgesetzes (wonach die Verbreitung von Flugblättern an die Genehmigung der Ortsbehörde gebunden ist) in Kraft lasse, widersprachen die Sozialdemokraten. Auch der Parlamentsbericht des „Vorwärts" verzeichnet diesen Widerspruch. Die „Genossen" im Reichstage verraten damit eine auffällige Geringschätzung der gesetzgeberischen Tätigkeit ihrer Parteifreunde im preußischen Abgeordnetenhause. Denn letztere haben am 15. d. M. — vgl. Nr. 43 der Drucksachen des Abgeordnetenhauses — den Antrag gestellt, eben jenen § 10 nebst den §§ 9 und 41 des preußischen Preßgesetzes aufzuheben! Man kann sich denken, wie peinlich den sozialdemokratischen Mitgliedern des preußischen Abgeordnetenhauses der erwähnte Widerspruch ihrer Reichstagskollegen sein muß.

Aus den Kolonien.

Marmor aus Südwestafrika.

Etwa 160 bis 190 Kilometer von der Küste entfernt, befinden sich an der Otavibahn Lager von Marmor. Es ist bereits eine Gesellschaft zur Ausbeutung der neu entdeckten Bodenschätze in Bildung begriffen. Eine reichhaltige Kollektion von gleichmäßig geschliffenen Marmorplatten war gestern in der Wandelhalle des Reichstagsgebäudes vom freisinnigen Abg. Dr. Geller ausgestellt und erregte das größte Interesse der Abgeordneten aller Parteien. An Vielseitigkeit der Farben und der Maserung ließ die Sammlung nichts zu wünschen übrig. Auch der Wetterfestigkeit des Materials wird ein gutes Zeugnis ausgestellt.

Kleine politische Nachrichten.

Ablehnung einer Ortszulage für Lehrer.

Die Regierung zu Minden hat die Genehmigung zu den von der Gemeinde Brackwede bei Bielefeld beschlossenen Ortszulagen für Volksschullehrer verweigert, weil kein Bedürfnis dafür vorhanden sei.

Kattowitz.

Aus Kattowitz, 20. Januar, wird dem „B. T." gemeldet: Der Gymnasialoberlehrer Hoffmann, der bei den Stadtverordnetenwahlen polnisch gewählt hat, ist „im Interesse des Dienstes" nach Strehlen versetzt worden. — Das Komiteemitglied der Ferrer-Versammlung, der freisinnige Gymnasialoberlehrer Hacks, wird vom Provinzialschulkollegium zur Verantwortung gezogen.

Die Beurlaubung Tweles.

Die „Köln. Ztg." erfährt, daß die einstweilige Entbindung Tweles vom Reichsschatzamt auf seinen eigenen Wunsch erfolgte, da ein schweres körperliches Leiden, das ihn schon seit mehreren Monaten von den Amtsgeschäften fernhält, sich leider nicht so gebessert hat, daß für absehbare Zeit sein Wiedereintritt in den Dienst erwartet werden könnte. Der neue Unterstaatssekretär Kühn zählt unter unseren hohen Reichsbeamten zu den besten seines Ressorts.

Dementi.

Wie der „Nationalzeitung" aus Petersburg gemeldet wird, hat die Pariser Nachricht, daß zwischen Deutschland und Rußland Verhandlungen über die Lage auf dem Balkan gepflogen würden, dort ebenso überrascht wie in Berlin. Es wird versichert, daß weder irgend welche Besprechungen über Balkanfragen stattgefunden haben, noch daß irgend ein Grund vorliegt zu speziellen Pourparlers mit Deutschland. An Berliner zuständigen Stellen vertritt man die gleiche Auffassung.

Rigorose Pfändungen.

Aus Mainz wird geschrieben: Der Bürgermeisterei war es zur Kenntis gekommen, daß die staatlichen Steuerpfandmeister die Löhne, die den städtischen Notstandsarbeitern ausbezahlt wurden, in Beschlag legten und die rückständigen Steuern an diesen Löhnen in Abzug brachten. Auf eine Beschwerde dieser Arbeiter hatte sich die Bürgermeisterei an das Großh. Ministerium der Finanzen gewendet und um Abhilfe gebeten. Das Ministerium hat daraufhin der Bürgermeisterei umgehend geantwortet, daß rechtlich einer Pfändung der Löhne der Notstandsarbeiter nichts im Wege stehe, daß das Ministerium aber die Finanzämter anweisen würde, mit möglichster Schonung vorzugehen und daß die rückständigen Steuern selbst in den kleinsten Raten zu erheben seien.

Der Schleppbetrieb auf dem Rhein-Weser-Kanal.

Nachdem sich der Gesamt-Wasserstraßen-Beirat in seiner Sitzung vom 5. Februar v. J. bereits mit der Einführung eines einheitlichen staatlichen Schleppbetriebes auf dem Rhein-Weser-Kanal beschäftigt hat, wird beabsichtigt, ihm wegen der übrigen Unterlagen für das im § 18 des Wasserstraßengesetzes vorbehaltene Schleppmonopolgesetz eine Vorlage zu unterbreiten. Die Arbeiten sind, wie wir hören, soweit gefördert, daß mit der Einberufung des Gesamt-Wasserstraßen-Beirates für den Februar d. J. gerechnet werden kann.

Hof- und Personalnachrichten.

* Das Kaiserpaar wohnte der vorgestrigen Vorstellung von „Figaros Hochzeit" im Königlichen Opernhause bei. Mit den Majestäten nahmen in der großen Seitenloge Platz: der Prinz und die Prinzessin von Rumänien, die Prinzessin Viktoria Luise und die Fürstin zu Wied, während Prinz Friedrich Wilhelm und der Fürst zu Wied in der Nebenloge erschienen. Gestern vormittag besuchte der Kaiser den Reichskanzler, vorher hatte der Kaiser im Königlichen Schlosse die Vorträge des Kriegsministers, Generals der Infanterie von Heeringen, und des Chefs des Militärkabinetts, Generals der Infanterie Freiherrn von Lyncker, entgegen genommen.

Ausland.

Die Wahlen in England.

Die Ergebnisse der Wahlen in England sind auch jetzt noch nicht im vollen Umfang bekannt; soweit sie sich übersehen lassen, verstärkt sich der Eindruck, daß das Vordringen der Unionisten zum Stehen gekommen ist. Aus Schottland wird gemeldet: Von den sieben Glasgower Sitzen verloren die Liberalen zwei an die Unionisten, in den übrigen Wahldistrikten standen die Schotten, wie gewöhnlich stramm für die liberale Partei und erhöhten noch in einigen Fällen die Hochflut-Majoritäten von 1906.

In Nord-Haden (London) blieben die Unionisten Sieger, in den drei anderen Londoner Wahlen behielten wie 1906 die Liberalen die Oberhand. — Die Parteien stehen augenblicklich wie folgt: 138 Unionisten, 119 Liberale, 22 Arbeitervertreter, 44 Nationalisten. Die Unionisten eroberten 60 Sitze, die Liberalen 12, die Arbeiter 2. 249 Wahlkreise blieben unverändert. Es gilt für immer sicherer, daß die Liberalen mit einer geringen, von den Iren abhängigen Majorität siegen werden.

Der Geschichtsunterricht in der französischen Volksschule.

§ der französische Geschichtsschreiber Prof. Lapisse äußerte sich zur Frage des Geschichtsunterrichts in der Volksschule, er möchte, daß ruhige und versöhnliche Vertreter aller Parteien sich vereinigen und gemeinsam die wesentlichen Punkte feststellen sollen. Man möchte zunächst sich darüber einigen, daß es Tatsachen gibt, von denen man Volksschülern nichts zu sagen braucht, und andere, über die sie belehrt werden müssen. Dann würde es gelten, den Grundgedanken zu finden, durch den man sich in der Darstellung der Geschichtsereignisse würde leiten lassen. Man hätte etwa zu zeigen, daß die Freiheit besser ist, als die Knechtschaft und die Duldung besser als die Unduldsamkeit. Doch schon bei diesem Punkte steigen dem Professor Zweifel auf, ob alle Parteien einwilligen würden, die Duldung der Unduldsamkeit vorzuziehen. Und alles in allem mußte der erste der heute lebenden Geschichtsschreiber Frankreichs zugeben, daß eine unparteiische, d. h. allen Parteien annehmbar scheinende Geschichtsdarstellung eine unlösbare Aufgabe ist.

Objektivität ist es eben, die allen Völkern lateinischer Sprache mangelt, und damit gerade fehlt ein wichtiges Mittel gegenseitiger Verständigung.

Kleine Tagesnachrichten.

Oesterreichische Behörden im Dienste Roms.

Das evangelische Pfarramt von Eger erhob kürzlich beim k. k. Bezirksschulinspektor dagegen Einsprache, daß zwei Kinder, die von der k. k. Bezirkshauptmannschaft Eger und von der k. k. Statthalterei in Prag — wohl oder übel — als evangelisch erklärt werden mußten, am katholischen Religionsunterricht teilnehmen. Der k. k. Bezirksschulinspektor beließ trotzdem die evangelischen Kinder im katholischen Unterricht, ja er veranlaßte sogar schriftlich den Ortsschulrat, an dieser Vergewaltigung festzuhalten. So sieht es in einem „Rechtsstaate" aus, in dem der Krummstab regiert.

Italien und Abessinien.

Trotz amtlicher Dementis versichert die „Gazetta del Popolo", daß augenblicklich ein Dampfer ausgerüstet werde, der 1200 Soldaten nach Abessinien bringen soll, sobald der Tod Meneliks bekannt sein wird.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 21. Januar.

Die Selbstversicherung der städtischen Gebäude

gegen Feuerschaden war seinerzeit ein Schritt, den Halle als die erste unter den deutschen Kommunen tat.

Mancher hat damals ein bedenkliches Gesicht gemacht, aber die Sache, die mit erheblichen Ersparnissen verbunden ist, bewährt sich bis jetzt ganz ausgezeichnet. Am Schluß des zum 1. April beendeten Etatsjahres haben wir, nachdem die Einrichtung erst ein paar Jahre besteht, bereits einen Fonds von 124 000 Mark gesammelt, trotzdem wir weit weniger Mittel alljährlich zurückgestellt haben, als die Prämie für die Versicherung betragen hätte.

Für das neue Wirtschaftsjahr 1910 werden wieder 20 000 Mark in den Fonds gelegt, und zwar aus den Sparkassenüberschüssen.

Die Schnellzüge Berlin-Basel

179 und 180, die früher über Halle-Nordhausen-Cassel gingen, aber im vergangenen Jahre über Magdeburg verlegt wurden, rentieren sich auf der neuen Linie so wenig, daß die Eisenbahnverwaltung, wie die „Magd. Ztg." meldet, die Rückverlegung dieser Schnellzüge auf die alte Linie, also über Halle plant.

Die Müllbeseitigung

ist ein Problem, an dessen Lösung alle Großstädte ein Interesse haben. Jetzt hat der Magistrat von Fürth beschlossen, eine gemeindliche Müllverbrennungsanstalt, in Angliederung an das städtische Gaswerk, zu errichten und hierfür einen Anleihekredit von 200 000 Mark zu eröffnen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100121018/fragment/page=0003

Die Blütezeit der deutschen Bildhauerkunst im Mittelalter.

(Vortrag von Prof. Dr. Adolph Goldschmidt.)

m. Nach der Völkerwanderung war Karl der Große der erste, der die Pflege der Skulptur und Malerei förderte, nach Vorbildern bauen ließ und der Kleinkunst erhöhte Aufmerksamkeit zuwandte. Die ottonische Zeit setzte das Beginnen fort und die sächsischen Kaiser verlegten den Schwerpunkt der Kunst immer mehr nach Osten. So sind namentlich in unseren Gegenden viele Denkmäler damaliger Kultur erhalten. Die Werke sind größtenteils Nachahmungen, da zum Selbstschaffen die Menschenmasse, die Bevölkerung noch nicht reif war.

Der „deutsche Frühling" der Kunst setzt erst um die Mitte des zwölften Jahrhunderts ein. Es war die Zeit der kühnsten Ideen. Das Rittertum stand in voller Blüte, die Kreuzzüge brachten morgenländische Art nach dem Occident, in der deutschen Sprache entstanden damals die ersten Lieder. Durch dies alles angeregt und beeinflußt wurden die Formen in der Kunst lebendig, fast schnörkelhaft.

In fast allen Arbeiten dieser Epoche, in der Neubelebung sächsischer Kunst, sind byzantinische Werke wiedererkennbar. In der Folge greift die französische Kunst nach Deutschland über.

Ein Beispiel zur Verfolgung des französischen Einflusses auf die deutsche Bildhauerkunst verkörpert in sich der Dom in Magdeburg.

Im Jahre 1207 ging unter der Regierung Otto I. der alte Dom bei einer Feuersbrunst zugrunde. Gleich darauf ließ der Magdeburger Erzbischof eine neue Kirche aufbauen. Der Erzbischof war in früheren Jahren in Paris gewesen und hatte Gelegenheit gehabt, Frankreichs Kirchenbauten kennen zu lernen. Auf seine Anregung wurden Künstler zum Studium nach Paris gesandt. Mit vielen Skizzen und reich an Erfahrungen kehrten sie zurück.

Im Magdeburger Dom steht der Chor in merkwürdigem Gegensatz zu der übrigen Bauart. Er erscheint gedrängt gegenüber der sonstigen Weiträumigkeit. Auch der figürliche Schmuck an den Wänden in verschiedenen Größen, wie das Fehlen von Symetrie läßt die Vermutung entstehen, daß die Verwendung einzelner Teile nicht in der jetzigen Anwendung geplant war. Einzelne Werke (Engelsfiguren mit Baldachin) lassen die Vermutung fast zur Gewißheit werden.

Es ist gelungen, mittels der vorhandenen Figuren (kluge und törichte Jungfrauen, Heiligenstatuen, Apostel u. a.), eine Rekonstruktion des Portals herbeizuführen. Es zeigt sich eine genaue Anlehnung an das Portal der Notre-Dame-Kirche in Paris.

Damit ist durch Monumente die Uebertragung französischen Einflusses auf deutsche Bildhauerkunst dokumentarisch festgelegt.

Auch der zweite der fesselnden Vorträge fand vor vollem Auditorium statt. Nächste Woche — 27. Januar — fällt der Vortrag aus.

Ueber die neuen Lehrpläne für Mittelschulen erfährt die „Rhein.-Westf. Ztg." aus Münster das Folgende:

Die Mittelschule ist als neunstufige Anstalt gedacht, von der die drei untersten Stufen, da sie im Anschluß an die Volksschule geführt werden können, fortfallen dürfen. Schüler der Volksschule haben nach vollendetem dritten Schuljahre, falls sie in den Hauptfächern das Prädikat gut haben, die Berechtigung zum Eintritt in die Mittelschule. Die eigentliche Mittelschule ist demnach sechsstufig. Eine Fremdsprache ist obligatorisch. Im übrigen läßt der Lehrplan den Schulen in der Ausgestaltung möglichst Freiheit, um in Anlehnung an die jeweiligen Bedürfnisse und örtl. Verhältnisse auf den Gewerbestand oder das Handelsfach vorzubereiten. Aus diesem Grunde dürfte auch die Auswahl der obligatorischen Fremdsprache sich auf Französisch und Englisch beschränken. Es kann aber auch außer der einen obligatorischen jede andere Fremdsprache gelehrt werden, so daß die Mittelschule bei Aufnahme des Latein eine realgymnasiale und bei Aufnahme von Latein und Griechisch eine gymnasiale Abzweigung erhalten würde. Die Mittelschule mit gymnasialer Abzweigung bereitet in sechs Jahren für die Obertertia des humanistischen Gymnasiums vor, die mit realer Abzweigung in derselben Zeit für die Untersekunda eines Realgymnasiums, und die mit zwei Fremdsprachen (Französisch und Englisch) für die Untersekunda einer Realschule oder Oberrealschule, für Mittelschulen mit nur Französisch bliebe denn als einzige Berechtigung, daß das Abgangszeugnis die Schüler vom Besuche der allgemeinen Pflichtfortbildungsschule befreit; doch dürften die Vorarbeiten nach dieser Richtung hin noch nicht zum Abschluß gelangt sein.

Eisenbahn-Assistenten-Verband. Der Ortsverein Halle hält seine Monatsversammlung mit reichhaltiger Tagesordnung am Sonnabend, den 22. d. M., von 8½ Uhr abends im Vereinslokal „Hotel Wettiner Hof", Magdeburgerstr. 5, ab. Dem Verein noch nicht angeschlossene Kollegen haben als Gäste Zutritt.

Frankescher Jünglingsverein an St. Ulrich. (Leiter P. Heintke.) In der am kommenden Sonntage stattfindenden Versammlung wird der stellv. Vorsitzende Herr Suhle einen kurzen Vortrag halten über „Die Gedenktafeln in Halle". Gäste sind willkommen.

Wegen schwerer Mißhandlung seiner Frau wurde hier ein Wächter N. F. verhaftet.

Provinzial-Nachrichten.

General v. Trotha †

Im Alter von 67 Jahren ist am Mittwoch in Charlottenburg der Generalleutnant z. D. Otto v. Trotha an den Folgen von Arterienverkalkung gestorben.

Er wurde am 8. Dezember 1842 in Schloß Gänsefurt in Anhalt geboren und studierte in Breslau Rechtswissenschaft. Im Jahre 1862 trat er als Fahnenjunker in das 3. Gardegrenadierregiment Königin Elisabeth ein und wurde im Kriege gegen Dänemark 1864 Offizier. Auch an der Schlacht bei Königgrätz nahm er teil. In den Krieg gegen Frankreich zog er als Ordonnanzoffizier bei der 3. Gardeinfanteriebrigade, übernahm bei St. Privat die Führung einer Kompagnie, focht bei Beaumont und Sedan und nahm vor Paris an den blutigen Kämpfen um Le Bourget teil, in denen er schwer verwundet wurde. In diesen Schlachten erwarb er sich das Eiserne Kreuz. Im Jahre 1897 erhielt v. Trotha, der auch literarisch tätig war, das Kommando der 8. Infanteriebrigade und wurde 1900 Kommandant von Breslau.

Der rote Gemeinderat.

(!) **Erfurt**, 19. Jan. Schwierigkeiten beim Einzug des Großherzogpaares von Sachsen in das idyllische Ilmenau stehen nach der „Kreuzztg." bevor.

Der frühere Gemeinderat hatte noch kurz vor Toresschluß einige hundert Mark in den Etat für einen festlichen Empfang eingestellt. Der jetzige, fast völlig sozialdemokratische Gemeinderat gedenkt als solcher jedoch keinen Finger weiter zu regen; er will keinen „roten Heller" mehr bewilligen.

Neue Steuern.

Jena, 19. Jan. Der Hauptvoranschlag des Großherzogtums Sachsen-Weimar für die nächste dreijährige Finanzperiode siehte infolge des Anteils an der Reichserbschaftssteuer mit 115 000 Mk. und 336 000 Mk. ungedeckter Matrikularbeiträge neue direkte Steuern von jährlich 265 000 Mk. vor

Provinzial-Bundesschießen.

Das Bundesschießen der Provinz Sachsen und der Herzogtümer Anhalt und Braunschweig, mit dem aus Anlaß des 25jähr. Bestehens des veranstaltenden Schützenbundes die Weihe eines neuen Bundesbanners verbunden wird, findet in Bernburg in den Tagen vom 22. bis 26. Mai d. J. statt. Das Protektorat hat der Herzog von Anhalt übernommen.

Die Vorarbeiten wurden am Sonntag im dortigen Schützenhause unter dem Vorsitz des Bundesdirektors Stadtrat Schneider-Magdeburg einer Besprechung unterzogen.

Diebesfahrten.

Leipzig, 19. Jan. In Leipzig haben zwei Berliner Einbrecher, die am Dienstag abend in Köpenick auf frischer Tat abgefaßt wurden, seit Wochen ihre Diebesbeute abgesetzt. Die Spitzbuben sind zwei Brüder namens Nikodemus Morawietz und Albert Knak, deren Bekanntschaft aus der Zeit ihrer gemeinsamen Tätigkeit in Leipzig stammt.

Der 28jährige Knak betrieb zuletzt in Berlin in der Stephanstraße einen Faßhandel. Seit einiger Zeit wohnte Morawietz unangemeldet bei Knak unter dem Namen Ackermann, da Morawietz zur Verbüßung einer sechsmonatlichen Gefängnisstrafe steckbrieflich gesucht wurde. Morawietz stiftete Knak, der Pferd und Wagen besitzt, zu großen Diebeszügen in die Berliner Vororte an. Das Gestohlene wurde durch einen Hehler, den Kellner Otto Matthes nach Leipzig geschafft, wo es dieser mit Hilfe seiner Geliebten Grete Schneid unterbrachte. So ist es wiederholt bei einer Trödlerin in der König-Johannstraße geschehen. Das „Geschäft" ging so flott, daß das saubere Pärchen fast immer zwischen Berlin und Leipzig im Zuge saß. Auch gegenwärtig befindet es sich wieder in Leipzig.

Der Verhaftung des Pärchens Otto Matthes — Grete Schneid ist bereits von Berlin angeordnet worden. Die Einbrecher Morawietz und Knak wurden in Köpenick festgenommen, als sie Dienstag abend mit einem Raub in Höhe von 1600 Mark, der aus einer Villa stammte, sich auf der Straßenbahn nach Berlin befanden.

Lohnzuschuß bei Urlaub.

* **Jena**, 19. Jan. Die Firma Karl Zeiß hat auf Grund des Statutes der Karl Zeiß-Stiftung ihren Arbeitern Anspruch auf eine Woche Urlaub mit Fortsetzung des festen Wochenlohnes gewährt. Die Direktion hat jetzt beschlossen, den Arbeitern bei Urlaubsannahme einen Zuschuß zum festen Lohn zu zahlen, der nach fünf Dienstjahren 10 Prozent, nach zehn Dienstjahren 20 Prozent und nach 20 Dienstjahren 30 Prozent beträgt.

Das Drama einer jungen Mutter.

)(**Ellrich**, 19. Jan. Mord und Selbstmord hat in der vergangenen Nacht eine junge Frau von hier begangen, indem sie sich mit ihrem kaum 6 Wochen alten Söhnchen, das sie sich auf den Rücken gebunden hatte, in der Zorge ertränkte. Seit 5 Uhr früh von ihren Angehörigen gesucht, wurde sie schließlich tot unterhalb der Bahnhofsbrücke in der Zorge aufgefunden.

Plötzliche Geistesgestörtheit soll die Frau in den Tod getrieben haben.

Mordversuch eines Brandstifters.

Altenburg, 20. Jan. In einer Drogenhandlung in der Teichstraße wurde ein Brandstifter dabei überrascht, als er gerade den Benzinbehälter öffnete. Er versetzte dem Gehilfen, der ihn festnehmen wollte, zwei Stiche und schlug ihn darauf mit einem Beil nieder.

Der Täter ist unerkannt entkommen.

Studenten und Arbeiter.

Göttingen, 18. Jan. Die Kommission der Studenten, die die Volksunterrichtskurse veranstaltet, hielt gestern abend in Gemeinschaft mit den an den Kursen beteiligten Arbeitern das erste Winterfest ab, an dem sich auch eine große Zahl von Studentinnen beteiligte; insgesamt waren es etwa 150 Personen.

Nach einer Begrüßungsansprache, in der der Vorsitzende der Kommission, Stud. cam. Closterhalsen, hervorhob, daß die Kurse auch dem Ausgleich der Klassengegensätze dienen sollten, hielt der Sprecher der Vertrauensleute der Kursusteilnehmer, Kutscher Ohse, eine Dankesrede, in der er den Nutzen und Segen der Unterrichtskurse erläuterte. Eine Theateraufführung (durch Studenten und Arbeiter), Musikvorträge, Rezitationen und Tanz vervollständigten das Festprogramm.

Bruchdorf, 20. Jan. (Vaterländischer evangelischer Volksverein.) Am Sonntag, 23. Jan., nachm. 3 Uhr wird hier eine Versammlung des Vaterländischen evangelischen Volksvereins für das Kirchspiel Dieskau stattfinden. Nach der Wahl des Vorstandes wird Herr Pastor Palche-Dieskau über die Stellung des Christen zum Staat, Herr Lehrer Ufanschmidt-Zwintschöna über die ländliche Fortbildungsschule (Fortsetzung) sprechen.

Schierke i. Harz, 19. Jan. Reizvollste Winterlandschaft. Andauernd heftiger Schneefall. Nachts 5 Grad, tagsüber 3 Grad Kälte. Neuschnee-Höhe 25 Zentimeter. Rodelbahnen und Bobsleighbahnen in Ordnung. Schönste Schlittenpartien im Gebirge. Beginn des Ski-Kursus am 22. Januar. Winterfest vom 28.—31. Januar. Abänderung des Programms: Bobsleighfahrt Montag: Meisterschaft vom Harz um den gr. Preis des Bobsleigh-Clubs (eine Dame muß mitfahren).

— **Mühlberg a. d. Elbe**, 19. Jan. (Wertzuwachssteuer.) In der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurde beschlossen, eine Wertzuwachssteuer einzuführen.

* **Leipzig**, 19. Jan. (Flüchtig) geworden ist nach Unterschlagung von über 1000 Mark anvertrauten Geldern der Kassierer des Zentralverbandes für Stukkateure, Georg Hugo Bauer, am 13. Juli 1874 in Hartmannsdorf geboren.

Letzte Nachrichten.

Zu den deutsch-amerikanischen Handelsvertragsverhandlungen.

H. **Newyork**, 20. Jan. Halbamtlich wird erklärt, Amerika verlange nur volle Meistbegünstigung. Falls Deutschland diese gewähre, erhalte es den Minimaltarif. Graf Bernstorff hatte eine längere Unterredung mit dem Staatssekretär Knox. Ersterer bot Deutschlands Zugeständnisse im Handelsprovisorium an. Jedoch müsse Amerika die seinigen zurückziehen; Knox indessen besteht auf den Fleischkonzessionen.

Neue englische Wahlresultate.

H. **London**, 20. Jan. Bis 3 Uhr nachmittags wurden 158 Unionisten, 131 Liberale, 26 Arbeiterparteiler und 51 Nationalisten gewählt. Die Unionisten gewannen 70 Sitze.

Die Frauen in der liberalen Bewegung.

H. **Berlin, 20. Jan. (Meldung von Louis Hirschs Telegraphenbureau.) Die liberale Frauenpartei erläßt einen Aufruf, in dem angesichts der Einigung des Linksliberalismus die Freisinnigen, die auf dem Standpunkt des entschiedenen Liberalismus stehen, aufgefordert werden, in möglichst großer Zahl in die örtlichen Organisationen der Deutschen Volkspartei, der Freisinnigen Vereinigung und der Freisinnigen Volkspartei einzutreten. Nur wer innerhalb der Partei stehe, werde sie nachdrücklich unterstützen können.**

Viermal zum Tode verurteilt!

H. **Posen**, 20. Jan. Im Mordprozeß Kosziol wurde der Angeklagte viermal zum Tode, ferner zu vier Jahren Gefängnis und lebenslänglichem Ehrverlust verurteilt. Die Geschworenen hatten die Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten bejaht.

Verurteilung fahnenflüchtiger.

□ **Magdeburg**, 20. Jan. (Privattelegramm.) Das Kriegsgericht der 7. Division verurteilte heute die Musketiere Wachholz und Kobert, die aus Furcht vor Strafe wegen Ueberschreitung des Zapfenstreichs fahnenflüchtig geworden waren, zu einem Jahr und vier Monaten Gefängnis.

Einbrecher und Brandstifter.

H. **Henn.-Münden**, 20. Jan. Eine Aufsehen erregende Verhaftung wurde gestern in dem benachbarten Ober-Scheden vorgenommen. Es waren in den letzten Nächten mehrfache Einbrüche und Brandstiftungen vorgekommen. Bei einer diesbezüglichen Vernehmung wurde eine Frau Wagner und ihr 19jähriger Sohn unter dem starken Verdachte, an jenen beteiligt zu sein, festgenommen.

Ein ungetreuer Beamter.

H. **Frankfurt a. M.**, 20. Januar. Der Zollpraktikant August Mille wurde wegen Unterschlagung und Fälschung bei der Kontrolle der Nachversteuerung von Branntwein in Homburg v. d. H. zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Das Pariser Verbrechertum.

W. **Paris** 20. Jan. Ein hoher Beamter der Pariser Polizei erklärte einem Interviewer des „Matin" die außerordentliche Zunahme des Pariser Verbrechertums durch vier Ursachen: Die Gerichte bestrafen die ihnen vorgeführten Verbrecher viel zu mild. Die Polizeiaufsicht, die über die Entlassenen verhängt ist, wird nicht ausgeübt. Endlich ist das Gesetz über die Verschickung der Gewohnheitsverbrecher toter Buchstabe geblieben. Der Beamte fordert größere Strenge in der Verurteilung und besonders im Strafvollzug und den Ersatz der Strafverschickung durch eine andere praktische Strafart.

Eine Schmugglerschlacht.

H. **Budapest**, 20. Jan. Infolge einer Denunziation erfuhr die Finanzdirektion zu Gyula, daß das nahe gelegene Dorf Ujkigyos das Hauptquartier einer langgesuchten großen Tabakschmugglerbande sei. Eine Abteilung von Finanzsoldaten wurde abgeschickt, um das Schmugglernest auszuheben. Die Schmuggler hatten indessen von der Gefahr, die ihnen drohte, Kenntnis erhalten und traten den Finanzern, mit Hacken und Schaufeln bewaffnet, kampfesmutig entgegen. Es kam zu einer regelrechten Schlacht, in der zahlreiche Bauern durch Schüsse getötet wurden.

Blutige Rache wegen einer Ohrfeige.

H. **Budapest, 20. Jan.** In der Ortschaft Lipcsemezö im Marmaroser Komitat wurde der Dorfliebling Peter Melnik als furchtbar verstümmelte Leiche aufgefunden. Als Mörder verhaftete man den Freund Melniks, den ruthenischen Bauern Wassilje Popadinec, der in Gegenwart seiner Geliebten bei einem Wirtshausstreit von Melnik eine Ohrfeige erhalten und diese Schmach in dem Blute seines Beleidigers zu rächen geschworen hatte.

H. **Madrid**, 20. Jan. Meldungen aus Aviles berichten, daß infolge Scheiterns eines Fischerbootes sechs Mann der Besatzung ertranken.

H. **Oppeln**, 20. Jan. An der Oderbrücke wurde der Lokomotivführer Michalke aufgehängt vorgefunden. Ob ein Verbrechen oder Selbstmord vorliegt, konnte bisher nicht festgestellt werden.

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland, Letzte Nachrichten und Sport: Erich Polckow; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Inseratenteil: Friedrich Endrulat; Druck u. Verlag von Otto Hendel.
Sämtlich in Halle a. S.
— **Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.** —
einschließlich Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100121018/fragment/page=0004

Vermischtes.

Schuldig?

□ Ueber den wegen Giftmordes in Untersuchungshaft befindlichen Oberleutnant Hofrichter wird der „Frankf. Ztg." aus Wien geschrieben:

„Sonst spricht man — wie sollte man nicht — von Hofrichter, dem immer noch nichts bewiesen ist und der immer noch in der hermetischen Abgeschlossenheit des Militäruntersuchungsgefängnisses schmachtet. Gewiß, schmachtet. Ich enthalte mich jedes Urteils über Schuld oder Unschuld des Offiziers und weiß mich auch frei von jeder Indulgenz mit dem Täter, der das österreichisch-bureaukratische „Ja wenn m'r halt a paar Dutzend Vorgesetzte vergift'n könnt'" in der Praxis anwenden wollte, aber ich werde doch den Gedanken nicht los, daß dort möglicherweise ein Unschuldiger schon seit langen Wochen darauf wartet, daß endlich eine Menschenseele außer dem untersuchenden Auditor ein Wort über seine Angelegenheit mit ihm rede, und selbst der andere Gedanke peinigt mich, daß dort möglicherweise ein Schuldiger seit langen Wochen die Selbstbeherrschung bewahren muß, die ihn vor dem Selbstverrat zu schützen hat, daß er nicht erfahren kann, ob die von ihm verwischte Spur doch entdeckt worden, ob er sich noch aus der Schlinge ziehen kann oder nicht. Wieviele Menschenköpfe, ob schuldig oder unschuldig, halten die Tortur solcher Wartezeit aus? Das Verfahren ist unmenschlich, wie alles, was aus den Zeiten der unbeschränkten Soldateska auf uns gekommen ist. Unsere Nerven taugen nicht mehr für die Brutalitäten der Feudalzeit."

Ueberschwemmungen und Schneefälle

haben auch in Deutschland große Verkehrsstörungen zur Folge gehabt und beträchtlichen Schaden angerichtet. So hat das Hochwasser den Damm der Moselstalbahn überschwemmt. Der Verkehr zwischen Andel und Zeltingen ist unterbrochen. Im Trierer Vorort Sankt Barbara steht die Hauptstraße unter Wasser. Der Verkehr wird durch Boote vermittelt. Der Fluß wächst stündlich um zehn Zentimeter. Die Mosel führt brausendes Hochwasser. Die Moselwerft in Koblenz ist überschwemmt. Von allen Orten an der Mosel werden Hochwasserschäden gemeldet. Auch die Saar ist rapide gestiegen und überflutet beide Ufer. Viele Orte sind überschwemmt.

Ebenso kommen aus dem Badenser Lande schlimme Nachrichten über schwere Hochwasserunfälle. Bei Rastatt ist die Murg derartig angeschwollen, daß die Wasserwehr alarmiert werden mußte. Im hinteren Murgtal bricht das Wasser die Brücken an den Bahnbauten ein. Das mit riesiger Gewalt anstoßende Holz zerstörte eine im Bau befindliche Kanalanlage. Die Baufirmen haben großen Schaden erlitten. Neuausgemauerte Zementmauern wurden glatt weggerissen. In Gaggenau ist das Wasser der Murg derart gestiegen, daß die Hauptstraße einem einzigen langen See gleicht.

Im oberen Allgäu herrschen seit zwei Tagen wolkenbruchartige Regenstürme; die die Bergbäche in reißende Flüsse verwandelt haben. Die Flüsse führen infolgedessen Hochwasser und überschwemmen die Täler. In ganz Tirol herrschen ungeheuer starke Schneefälle. Die Eisenbahnzüge treffen mit großen Verspätungen ein. Am Brenner ist ein Güterzug im Schnee stecken geblieben. Es besteht große Lawinengefahr, auch wird Hochwasser befürchtet.

Die Brandkatastrophe in Philadelphia.

(25 Arbeiterinnen umgekommen.)

Zu der furchtbaren Brandkatastrophe in Philadelphia (nicht in Newyork wie bereits telegraphisch gemeldet) wird noch berichtet: In einer großen Wäschefabrik, die ungefähr 400—500 Mädchen beschäftigt, kam im dritten Stockwerk des Gebäudes ein Feuer zum Ausbruch. Die Flammen verbreiteten sich mit ungeheurer Schnelligkeit durch das ganze Haus. Sie setzten sofort die Haupttreppe in Brand, wodurch den Arbeitern, die aus allen Stockwerken herausstürmten, der Ausweg abgeschnitten wurde.

Der Feuerwehr gelang es, den größten Teil der jungen Mädchen durch eine andere Stiege herauszulassen. Eine größere Anzahl der Mädchen stürzte sich in ihrer Angst aus dem Fenster; sie blieben auf dem Straßenpflaster teils tot, teils schwer verwundet liegen. Es heißt, daß 25 Arbeiterinnen in den Flammen umgekommen seien; andere werden noch vermißt.

Virchowkrankenhaus und Magistrat von Berlin. Der Selbstmord der Schwester Hertha und die Entlassung zweier Probeschwestern und einer Lehrschwester des Virchowkrankenhauses aus geringfügiger Ursache hat unter der Schwesternschaft des genannten Krankenhauses große Erregung hervorgerufen. Es ist sogar die gemeinsame Kündigung sämtlicher Schwestern zum 1. Februar angeregt worden, für den Fall, daß die Oberin, deren Strenge man die Schuld an den bedauerlichen Vorkommnissen gibt, nicht entlassen werde. Wie die „B. Z. a. M." erfährt, wird nun die geforderte Entlassung dieser Dame keineswegs ohne weiteres erfolgen. Dagegen ist vom Magistrat Berlin eine Untersuchung, die zur völligen Klärung der Vorgänge dienen soll, angeordnet worden.

Hochwasser in Süddeutschland. Der Neckar ist so stark gestiegen, daß an verschiedenen Stellen schwere Ueberschwemmungen drohen. Aus Oberndorf wird gemeldet, daß dort das Neckartal einen einzigen See bildet; ähnliche Meldungen liegen vor aus Horb und Plochingen. Bei Cannstatt mußte die nach Münster a. Neckar führende Straßenbahn den Betrieb einstellen. Die Enz führt bei Vaihingen zahlreiche Tierleichen. — Gewaltige Stürme mit Regengüssen suchten auch die Schwarzwaldgegend heim. Viele Telephonleitungen sind zerstört. Die Flüsse sind stark überschwemmt. In Donaueschingen sind die Straßen unter Wasser gesetzt. Auch die Dreisam in Freiburg führt Hochwasser.

Entflohener Verbrecher. Der seit dem vergangenen Jahre in der Anstalt Brauweiler untergebrachte berüchtigte Einbrecher Treller, der durch Ueberfälle auf Frauen und Mädchen Duisburg und Umgegend unsicher machte, ist wiederum aus der Haft entflohen.

Messerheldinnen. In Perpignan wurde der 36jährige Landwirt Bouchadel von drei zu einer spanischen Einwandererfamilie gehörigen Schwestern Sadat und einem jungen Manne, der sich ihnen angeschlossen hatte, durch Messerstiche getötet. Die drei Schwestern flohen darauf zu ihren Eltern, die in einem im Walde gelegenen Häuschen wohnen, und verbarrikadierten sich dort. Den Gendarmen ist es noch nicht gelungen, die Familie zu verhaften.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.")

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 211,75, Diskonto 197,75, Deutsche Bank 256,75, Berliner Handelsgesellschaft 183,87, Dresdner Bank 164,50, Russische Anleihe von 1902 91,30, Lombarden 23,50, Kanada 180,90, Baltimore 116,37, Laurahütte 200, Bochumer Guss 250,90, Gelsenkirchen 220,25, Harpener 213, Phönix 224,12, A. E.-G. 262,62, Siemens & Halske 242,62, Hamburger Paketfahrt 134,37, Nordd. Lloyd. Tendenz: Schwach.

Am Kassamarkt notierten höher: Terrain-Gesellschaft Nordost 5, Unter den Linden Bauverein 2, Orenstein & Koppel 1,50, Chemnitz, Zimmermann 2, Baer & Stein 2, Sangerhäuser Masch. 4,50, Riedel 2, Deutsche Spiegelglas 2, Schlaker Glas 3, Nordd. Steingut 3, Rhein. Spiegelglas 2,25, Boese Akkumulatoren 3,75, Bedburger Wolle 3, Braunschweiger Jute 2,75, Gladbacher Wolle 5,10, Harburg-Wien Gummi 3, Königsberg Zellstoff 5,25, Stahlwerk Oeking 3, Warsteiner Gruben 2, Langendreer 2 Proz.; niedriger: Kyffhäuserhütte 2,40, Julius Pintsch 1,40, Vogtländische Masch. Vorz.-Akt. 6,50, Balcke Tellering 4,50, Hirsch Kupfer 3,50, Badische Anilinfabr. 1,90, Bremer Linoleum 3,50, Gebhardt & König 2,25, Stettiner Elektr. 1,50, Mannesmannröhren 2, Rhein.-Nassau 2.

*

Zum Kurszettel. Berlin, 20. Jan. 3½% Oesterreichische Nordwestbahn-Obligationen d. a 1874 ,- G. Berlin. Gubener Hutfabrik (11% Dividende) 206,00bzG. Bremer Linoleum (6%) 138,00b. Breslauer Spritfabrik (20%) 302,00G. Deutsche Asphalt-Gesellschaft (8%) 127,00G.

Londoner Börse vom 20. Jan. Es notierten: Engl. Konsols 82,56, Rio Tinto 77,50, Geduld 2,75, Goldfields 6,12, Steel com. 84,68, Steel prefs. 125,50, Rand Mines 9,50, Anaconda 10,37.

Londoner Bankdiskont 3½ Proz.

Wie aus London gemeldet wird, hat am Donnerstag die Bank von England ihren Diskontsatz von 4 Proz. auf 3½ Proz. ermässigt.

Die diesmal mit grosser Bestimmtheit seitens der City erwartete weitere Diskontermässigung ist demnach tatsächlich eingetreten. Nachdem die Bank von England erst vor 14 Tagen ihren Minimalsatz von 4½ Proz. auf 4 Proz. herabgesetzt hatte, gab sie gestern dem Zuge der „öffentlichen Meinung" nach und war dabei wohl auch, wie schon kürzlich, von nahe liegenden politischen Erwägungen geleitet. Allerdings hat sich der Bankstatus seit Jahresabschluss so wesentlich gekräftigt, dass die neue Diskontermässigung auch der inneren Berechtigung nicht entbehrt. Verschiedentlich war, wie erinnerlich, bereits für die vorige Woche die Massnahme des Bankdirektoriums erwartet worden. Jedoch hatte letzteres zunächst hiervon Abstand genommen, obschon der Barbestand eine Kräftigung um 1 050 000 Pfd. St. trotz des damaligen starken Goldausganges von 650 000 Pfd. St. erfahren hatte, und trotzdem das Prozentverhältnis der Totalreserve zu den Passiven sich von 39⅜ Proz. auf 47½ Proz. erhöhte. Da der Ueberschuss des Goldeinganges über den Ausgang in der letzten Woche nur 76 000 Pfd. St. betrug, so ist anzunehmen, dass die weitere Kräftigung der Bank von England hauptsächlich aus den Rückzahlungen des offenen Marktes sowie aus dem Anwachsen der Privat- und Staatsguthaben resultiert.

Die Entwickelung des englischen Bankdiskouts seit Ende 1907 ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle:

Vom 7. November 1907 bis 31. Dezember 1907 7 Proz.,
vom 2. Januar 1908 bis 15. Januar 1908 6 Proz.,
vom 16. Januar 1908 bis 22. Januar 1908 4 Proz.,
vom 23. Januar 1908 bis 4. März 1908 4 Proz.,
vom 5. März 1908 bis 18. März 1908 3½ Proz.,
vom 19. März 1908 bis 27. Mai 1908 3 Proz.,
vom 28. Mai 1908 bis 13. Januar 1909 2½ Proz.,
vom 14. Januar 1909 bis 31. März 1909 3 Proz.,
vom 1. April 1909 bis 6. Oktober 1909 2½ Proz.,
vom 7. Oktober 1909 bis 13. Oktober 1909 3 Proz.,
vom 14. Oktober 1909 bis 20. Oktober 1909 4 Proz.,
vom 21. Oktober 1909 bis 8. Dezember 1909 5 Proz.,
vom 9. Dezember 1909 bis 5. Januar 1910 4½ Proz.,
vom 6. Januar 1910 bis 20. Januar 1910 4 Proz.

Der Zentralausschuss der Reichsbank

ist, wie bestätigt wird, auf heute vormittag zu einer Sitzung einberufen worden, in der eine Diskontermässigung um ½ Proz. auf 4½ Proz. beschlossen werden dürfte.

Zum Börsenkrach in New York

erhält der „Berl. B.-C." folgendes Kabeltelegramme vom 20.: Die Passiven der beiden insolventen Börsenfirmen werden auf 6 bis 800 000 $ geschätzt. Infolge völliger Verwirrung inhibierte die Börsenbehörde die Ablieferung in den Shares der Mocking Coal and Iron Company bis zur Klarstellung der Verhältnisse. Eine solche Massnahme ist seit dem Northern Corner nicht dagewesen. Sieben Börsenfirmen und 15 Mitglieder der New Yorker Hauptbörse sollen an dem zusammengebrochenen von James Keene eingeleiteten Haussepool beteiligt sein, daher wird weiteres Unheil befürchtet, wenn nicht rechtzeitig eine einschneidende Hilfsaktion vorgenommen wird. Hunderte von Bank-Angestellten mussten die Nacht durcharbeiten, um die Verwirrung klarzustellen. Nach dem kürzlichen Rock Island-Skandal befürchtet man hier einen besonders ungünstigen Eindruck im Ausland.

Petition zum Reichs-Kali-Gesetz.

Die Plenarsitzung der Landwirtschaftskammer Hannover beschloss, zum Reichs-Kali-Gesetz eine dreigliederige Deputation an den Bundesrat zu schicken mit dem Ersuchen, die Interessen Hannoverscher Grundbesitzer zu berücksichtigen.

Ungarische Sangerhäuser Maschinenfabrik Akt.-Ges. in Budapest. Wie die „Voss. Ztg." hört, ist das Direktionsmitglied Hieronimy bei der neuen Kabinettsbildung zum Handelsminister ernannt worden. Die Ungarische Maschinenfabrik ist ein Tochterunternehmen der Sangerhäuser Aktien-Maschinenfabrik und Eisengiesserei in Sangerhausen.

Eisenwerk Rossleben A.-G. in Rossleben a. U. Die Gesellschaft beruft ihre ordentliche Generalversammlung auf den 10. Februar ein, in der ausser den Regularien auch über Zusammenlegung der Aktien von 2 zu 1 und über Ausgabe von vierproz. Vorzugsaktien bis zum Betrage von 100 000 Mk. Beschluss gefasst werden soll.

Die Sanierung bei den Akkumulatorenwerken Böse ist, wie in Berlin die Verwaltung auf Anfrage mitteilt, nun definitiv geschehen, da Zuzahlungserklärungen über mehr als 750 000 Mk. vorliegen.

Aktien-Bauverein „Passage" in Berlin. In der Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, der Generalversammlung nach reichlichen Rückstellungen die Verteilung einer Dividende von 6 Proz. (wie im Vorjahre) in Vorschlag zu bringen.

Im Konkurse der Firma Dietzsche Hofbuchdruckerei G. m. b. H. in Koburg kommt am 21. d. Mts. die Schlussquote zur Verteilung. Auf 222 207 Mk. nicht bevorrechtigte Forderungen entfallen 13 224 Mk.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse 20. Jan. Am Frühmarkt notierten: Weizen inländ. 224,00 225,00 ab Bahn und frei Mühle. Roggen inländischer 165,00—166,00 ab Bahn und frei Mühle. Hafer. märkisch, mecklenburger, pomm., preuss., posenscher u. schlesischer feine 170 bis 182, mittel 166—172, gering 162—165, russischer und Donau mittel 157—162, gering 153—156 ab Bahn und frei Wagen. Mais, amerik. mixed 160—164, türkischer mixed — — —, runder 157,00 160,00 frei Waggon. Gerste, inländische Futtergerste, mittel und gering 143,00 bis 150,00, gute 151—162, russische und Donau leichte 130,00—135,00, schwere 136—143 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische und ausländische Futterware mittel 163—169, Taubenerbsen 170—180 ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 27,75—30,50. Roggenmehl 0 u. 1 20,50—22,40. Weizenkleie 11,50—12,50. Roggenkleie 11,50 bis 12,10 Mark.

Magdeburg, 18. Jan. (Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg.) Weizen, englischer und Sommer-, stetig, gut 215—224, Kolben Sommer- gut 225—232, Rauh- gut 211—219. Roggen, inländ. ruhig, gut 160—165. Gerste, flau hiesige Chevaliergerste gut 165—172, feinste über Notiz, hiesige Landgerste gut 155—162, ausländische Futtergerste stetig, gut 129 bis 133. Hafer stetig, inländ. gut 166—172. Mais fest, runder gut 156—162 M.

Hamburg, 20. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen fest, Ostholst. Mecklbg. 185—220. Roggen ruhig, Mecklburg. und Pomm. 160—168. Gerste ruhig, südruss. 115—117. Hafer fest, Mecklenburger 160 bis 178,00. Mais fest, La Plata 122—124.

Pest, 20. Jan. Weizen fest, per April 14,13 G., 14,14 B., per Mai 13,92 G., 13,93 B., per Okt. 11,93 G., 11,94 B. Roggen per April 9,90 G., 9,91 B., per Okt. 8,96 G., 8,97 B. Hafer per April 7,65 G., 7,65 B. Mais per Mai 6,70 G., 6,71 B.

Antwerpen, 20. Jan. Deutscher La Platazug, Kontrakt B., per Jan. 5,85, März 5,12½, Mai 5,65, Juli 5,60, Sept. 5,55 Fr. Umsatz 165,000 kg. Still.

Liverpool, 20. Jan. Roter Winterweizen per März 8,1½, per Mai 7,1½. Still. Mais, bunter, amerikanischer per Okt. —.—.

Zucker.

Hamburg, 20. Jan. Rübenrohzucker, 1. Produkt, Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per Januar	12,70	12,65	12,62 Mk.
„ März	12,87	12,80	12,80 „
„ Mai	13,07	12,95	12,92 „
„ August	13,20	13,17	13,15 „
„ September	11,35	13,10	13,10 „
„ Oktober	11,15	11,22	11,22 „
	ruhig	ruhig	ruhig

Kaffee.

Hamburg, 20. Jan. Good average Santos

	vorm.	nachm.	abends
per Januar	36 G.	35¾ G.	35¾ G.
„ März	36¼ G.	35¾ G.	35¾ G.
„ Mai	36¼ G.	36¼ G.	36¼ G.
„ September	35½ G.	36 G.	36 G.
	schleppend	ruhig	ruhig

Havre, 20. Jan. Kaffee good average Santos per März 47, per Mai 46½, per Sept 46, per Dez. 45½.

Rio de Janeiro, 20. Jan Kaffee-Zufuhren 12,000 Sack in Rio 9,000 Sack in Santos.

Eier.

Berlin, 20. Jan. Eier pro Schock, vollfrische ausländische 3,70 bis 4,00, in- und ausländische bessere Sorten 3,20—3,67, in- und ausländische geringere Sorten 2,85—3,00, zweite Sorten 2,40—2,60, Kühlhauseier 2,20—2,90, Kalkeier 2,60—2,80, kleine Eier 2,40—2,50 Mark. Flau.

Kartoffelmehl und -Stärke.

Berlin, 20. Jan. Kartoffelmehl u. -Stärke 21,50—22,00. Feuchte Stärke 11,20.

Magdeburg, 20. Jan. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 21,75—22,25.

Spiritus.

Nordhausen, 20. Jan. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (105—106 l) 85,25—86,25 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 l) 95,25—96,25 M. per loko und Januar 1910. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (105—106 l) 85,50—86,50 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 l) 95,50—96,50 M. per Januar-September 1910 ohne Fass ab Brennerei.

Fettwaren und Oele.

Köln, 20. Jan. Rüböl loko 61,50, per Oktober 60,60.

Hamburg, 20. Jan. Stadtschmalz 64,00, amerik. Steam 66,75. Chamberlain 74,00.

Chemische Produkte.

Hamburg, 20. Jan. Chilisalpeter per loko 8,47½, Febr.-März 8,50 frei Fahrzeug Hamburg.

Wolle.

Bremen, 20. Jan. Baumwolle still. Upl. loko middl. 73,75 Pfg.

Liverpool, 20. Jan. Baumwolle. Umsatz 1 000 Ballen, davon Import —. Ballen, davon Amerikaner —. Ballen.

Liverpool, 20. Jan. Aegyptische Baumwolle per März 13,17.

Alexandria, 20. Jan. Aegyptische Baumwolle per März 26,00, Mai 26,06, Nov. 21,16.

Metalle.

London, 20. Jan. Chili-Kupfer stetig 60⅞, 3 Mon. 61⅝. Zinn Straits stetig 147½, 3 Monat 148⅝. Blei span., stetig 13¾, englisch 14½. Zink, gewöhnliche Marke, ruhig 23½, spes. Marke 24.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	20.1.	19.1.	Chicago.	20.1.	19.1.
Weizen p. Mai	117	116⅞	Weizen p. Mai	109⅞	108⅞
„ „ Juli	108¾	108⅛	„ „ Juli	110⅞	110⅛
Mais p. Mai	77	76⅞	Mais p. Mai	68⅛	67⅞
„ „ Juli	76¾	76	„ „ Juli	67⅞	67⅛
Mehl Spring clears	4,65	4,70	Hafer p. Mai	47⅞	47⅛
Kaffee Fair Rio Nr. 7	8,12	8,12	„ „ Juli	44⅛	43⅞
„ p. Jan.	6,75	6,65	Roggen p. Mai	80	80
„ p. Febr.	6,75	6,70	Schmalz p. Jan.	12,40	12,45
Petroleum in Cases	10,30	10,30	„ „ Mai	10,97	11,10
do. in New York	7,85	7,85			
do. in Philadelphia	7,85	7,85			

Tendenz: Weizen stetig. Mais fest.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.						Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	19. Jan.	+1,18	20. Jan.	+1,56		—	38
Nebra, Oberpegel	„	+2,48	„	+2,52		—	4
„ Unterpegel	„	+2,41	„	+2,46		—	2
Weissenfels, Oberpegel	„	+2,88	„	+2,88		—	—
„ Unterpegel	„	+2,04	„	+2,06		—	2
Trotha	19.	+3,58	20.	+3,60		—	2
Alsleben, Oberpegel	19.	+2,84	20.	+2,92		—	8
„ Unterpegel	„	+3,04	„	+3,30		—	26
Bernburg	„	+2,73	„	+2,84		—	11
Kalbe, Oberpegel	„	+2,16	„	+2,20		—	4
„ Unterpegel	„	+2,65	„	+2,76		—	11

Iser. Eger. Elbe. Moldau.	Jan.	Fall	Wuchs		Jan.	Fall	Wuchs
Jungbunzl.	19. +0,40	—	15	Wittenberg	20. +2,97	2	—
Laun	„ +1,07	—	—	Rosslau	„ +2,65	2	—
Budweis	„ +0,12	—	2	Barby	„ +3,20	—	4
Prag	„ +0,62	—	—	Schönebeck	„ +2,95	—	7
Pardubitz	„ +0,16	—	13	Magdeburg	„ +2,64	—	10
Brandeis	„ +0,36	—	17	Tangermünde	„ +3,55	—	14
Melnik	„ +0,45	—	21	Wittenberge	„ +3,06	—	4
Leitmeritz	20. +1,15	—	15	Dömitz	19. +2,52	3	—
Aussig	„ +1,46	—	22	Boizenburg	„ +2,43	5	—
Dresden	„ +0,62	—	21	Hohnstorf	20. +2,55	3	—
Torgau	„ +2,20	—	5	Lauenburg	„ +2,56	—	—

Aussig, 20. Jan. Pegelstand plus 146 cm. Vom Oberlauf werden 88 cm Wuchs gemeldet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100121018/fragment/page=0005

Berliner Börse, 20. Jan. 1910

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

2 1.Jan.	4 1.Apr.	7 1.Juli	O 1.Okt.	a 1.1.7.	d 1.4.10.	g 15.3.9.	k 15.6.12.
3 1.Fbr.	5 1.Mai	8 1.Aug.	N 1.Nov.	b 1.2.8.	e 1.5.11.	h 15.4.10.	l 11.6.12.
3 1.Mrz.	6 1.Juni	9 1.Spt.	D 1.Dez.	c 1.3.9.	f 1.6.12.	i 15.5.11.	v versch.

q_1 quartaliter 1.1.4.7.10. q_2 do. 1.2.5.8.11. q_3 do. 1.3.6.9.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Lei, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70. 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 5 %, Lombardzinsfuß 6 %. Privatdiskont 2¾ %.

Nachdr. verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.			
Dt.Rchs.Sch.	d	4	100.80bG
do. 1.4.12	d	4	101.00bG
do. 1.7.12	d	4	101.00b
Pr.Schatz 12	a	4	101.03bG
do. 13	d	4	101.10bG
Dt.Rchs.-Anl	v	3½	94.30bG